VITAKO

aktuell

03|2020

VITAKO-ROUND-TABLE

Next Generation

IM GESPRÄCH

Bundes-CIO Markus Richter

SERIE: DIGITALE BILDUNG

Im Maschinenraum der Bildung

DIGITALE ARCHITEKTUR

Vorhandene Strukturen nutzen

Zeitschrift der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e. V. www.vitako.de

dataport

Gemeinsam sind wir digital souverän

Zusammen kommen wir voran

dataport.de

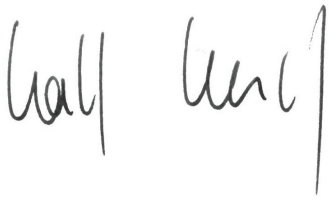
▲ Dr. Ralf Resch ist Vitako-Geschäftsführer.

Liebe Leserinnen und Leser,

die Modernisierung der Verwaltung ist in vollem Gang und umfasst nicht allein das Digitale. Im Zuge der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) haben neue Arbeits- und Projektmethoden Einzug in eine traditionell von Beständigkeit geprägte Verwaltungskultur gehalten. Junge Menschen, die vor einiger Zeit noch abgewinkt hätten beim Gedanken an ein Arbeitsleben in der Behörde, wollen nun am Innovationsprozess der Verwaltung mitwirken, das Gemeinwesen mitgestalten und ihre Ideen einbringen. Mit vier Vertretern dieser „Next Generation" haben wir am virtuellen Round Table gesessen und über ihre Erfahrungen in und mit der Verwaltung gesprochen. Alle vier haben keine traditionelle Verwaltungsausbildung absolviert, sondern stammen aus Wirtschaft, Start-ups und der Wissenschaft und sehen ihre Aufgabe in der Vermittlung zwischen verschiedenen Welten.

Akzente setzen auch die kommunalen IT-Dienstleistern, wo interdisziplinäre Projektgruppen, Innovation Labs und „Räume für Ideen" entstehen, um innovative Arbeitsprozesse zu entfachen, bisherige agile Methoden weiter auszubauen und allgemein Kreativität freizusetzen. Das Zauberwort heißt Nutzerorientierung – Prozessmodellierung aus der Anwenderperspektive. Diese Herangehensweise setzt sich auch in der Öffentlichen Verwaltung immer mehr durch. Zu welchen interessanten Ergebnissen das Zusammenspiel von Technologie, Kollaboration und Vernetzung führen kann, hat unlängst der Hackathon #WirVsVirus gezeigt. Deutlich wurde dabei aber auch, dass es vielfach am Verständnis für Verwaltung und am Wissen um ihre Abläufe fehlt. Hier können kommunale IT-Dienstleister als „Brückenbauer" auftreten und ihr Wissen zur Verfügung stellen – im Gegenzug profitieren sie von der Innovationsfreude der Govtech-Szene.

Man muss gar nicht verschweigen, dass es bei dieser Annäherung auch um die Attraktivität von IT-Jobs in der Verwaltung geht, um den Nachwuchs. Die großen technologischen, organisatorischen, aber auch personellen Veränderungen, die uns bevorstehen, sind nur von motivierten, innovativen Teams zu lösen – und von funktionaler Technologie.



Herausgeber:
Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e. V.
Charlottenstr. 65
10117 Berlin
Tel. 030/20 63 15 60
E-Mail: aktuell@vitako.de
www.vitako.de

V. i. S. d. P.: Dr. Ralf Resch

Redaktion und Gestaltung: drei | Medien Merschmann Mühlke Jaschinski GbR
www.drei-medien.de

Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Berichte auch ohne vorherige Absprache zu kürzen. Der Inhalt der Beiträge gibt nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck oder elektronische Verbreitung nur mit Zustimmung des Herausgebers.

Korrektorat: Henrike Doerr, Textwelten

Druck: triggermedien, Berlin

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben im Jahr
Auflage: 5.000; Papier: 115g/m² Profibulk

Autoren und Mitwirkende dieser Ausgabe:
Dr. Ralf Resch, Vitako; Clarisse Schröder, KDN; Vincent Patermann, NExT e.V.; Basanta Thapa, Fraunhofer FOKUS; Christina Lang, 4Germany; Julian Einhaus, Vitako; Claudia von der Brüggen, AKDB; Dr. Markus Richter, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat; Bernhard Barz und Marco Wilkens, regio iT; Kai-Uwe Stehnke, Dataport; Martin Fuhrmann, Vitako; Daniel Sieberath, Vitako; Helmut Merschmann, drei | Medien; Hiestermann & Frömchen GmbH; Sibylle Mühlke, drei | Medien; Monika Majer, Fraunhofer FOKUS;

Bildnachweise:
Titel: iStock.com/Neustockimages
S. 3, 7 Robert Schlesinger © 2017
S. 4 ©fizkes - stock.adobe.com
S. 5 ©denisismagilov - stock.adobe.com
S. 7 ©lassedesignen - stock.adobe.com
S. 8–15 ©VITAMIN – stock.adobe.com
S. 9, 12 Sera Z.Kurc Photography
S. 17 Bayerisches Staatsministerium für Digitales; S. 19 Henning Schacht
S. 20/21 ©martinjanecek - stock.adobe.com;
S. 21 Porträt Wilkens ©2010 hedrich. mattescheck GBR; S. 23 ©contrastwerkstatt - stock.adobe.com, Porträt Stehnke: Timo Wilke
S. 24 ©olly - stock.adobe.com;
S. 25, 27, 28 Porträts: ©dirk hasskarl/fotografie;
S. 27 iStock.com/Henrik5000;
S. 28 ©shock - stock.adobe.com;
Monitor: ©fizkes - stock.adobe.com
S. 32 Von Teletext-Manager - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=78361890
S. 33 ©Anan - stock.adobe.com

Hinweis: Vitako aktuell erscheint zusätzlich mit drei Regionalausgaben: krz, Lecos, regio iT. Der Vertrieb erfolgt durch das jeweilige Vitako-Mitglied.

ISSN 2194-1165

Wird innerhalb der Zeitschrift auf fremde Links oder externe Informationsangebote hingewiesen, so macht sich Vitako diese Inhalte nicht zu eigen und kann für sie keine Haftung übernehmen.

Bei unseren Gesuchten handelt es sich um die Samwer-Brüder. Oliver, Marc und Alexander Samwer stammen aus Köln und landeten mit der deutschen Aktionsplattform Alando ihren ersten Coup. Der Legende nach verkauften sie das Unternehmen bei einem Nutella-Brot an den Ebay-Gründer Pierre Omidyar.

Schwerpunkt: Next Generation

6 Leitartikel: Brücken bauen

Junge Mitarbeiter setzen in der Verwaltung neue Impulse. Die öffentliche Verwaltung kann davon nur profitieren. Um das gegenseitige Verständnis und den Austausch unter den Generationen sowie zwischen Verwaltung und Startups zu erhöhen, könnten die kommunalen IT-Dienstleister eine Rolle als Brückenbauer einnehmen.

8 Vitako-Round-Table: Next Generation

Sie sind Quereinsteiger, kommen aus Startups, Wirtschaft oder Wissenschaft und haben einen unvoreingenommenen Blick auf die öffentliche Verwaltung. Vier junge Menschen sprechen über ihre Erfahrungen in und mit der öffentlichen IT.

16 Kreativität freisetzen

Die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern hat die Welt der Startups für sich entdeckt und fördert interdisziplinäre Projektgruppen, die nach agilen Methoden Software-Lösungen entwickeln.

Interview

18 „Das Schlüsselwort ist Kooperation“

Bundes-CIO Dr. Markus Richter berichtet im Vitako-Gespräch über seine digitalpolitischen Vorhaben und setzt dabei auf Dialog und Austausch – verstärkt auch mit den IT-Dienstleistern.

Digitale Verwaltung

20 Nachhaltigkeit und Digitalisierung

Die Digitalisierung ist auch ein Umweltfaktor – und fordert die IT-Dienstleister. Standards machen den Rechenzentrumsbetrieb nachhaltiger.

22 Serie Teil 3: Im Maschinenraum der Bildung

Die öffentlichen IT-Dienstleister haben bei der Umsetzung des Digitalpakts Schule eine wichtige Rolle: Sie erarbeiten tragfähige Technik-Konzepte.

24 Vorhandene Strukturen nutzen

Deutscher Landkreistag und Vitako plädieren für die Integration bereits funktionierender Infrastrukturen, Systeme und Komponenten in eine föderale IT-Architektur.

26 Ort für öffentlichen Code

Der Einsatz von Open-Source-Software in der Verwaltung ist ein wichtiger Beitrag zu mehr digitaler Souveränität. Die Initiative von OSBA und Vitako will hierfür einen Ort schaffen.

28 Auf eigenen Servern

Handlungsbedarf beim Datenschutz: Warum es wichtig wird, sich mit der Sicherheit und den Datenschutzeigenschaften der Videokonferenzsysteme zu beschäftigen.

Netztalk

30 Köpfe & Technik Meldungen

31 Umfrage: Innovative Arbeitskultur

32 Was macht eigentlich? Vitako intern

33 App-Check

34 Spotlight

Brücken bauen – mit der neuen Generation

Junge Mitarbeiter setzen in der Verwaltung neue Impulse. Die öffentliche Verwaltung kann davon nur profitieren. Um das gegenseitige Verständnis und den Austausch unter den Generationen sowie zwischen Verwaltung und Startups zu erhöhen, könnten die kommunalen IT-Dienstleister eine Rolle als Brückenbauer einnehmen. Denn innovative Ideen aus Technologie, Kollaboration und Vernetzung brauchen einen Bezugsrahmen, damit am Ende praktikable Lösungen für eine service-orientierte und funktionale Verwaltung gefunden werden.

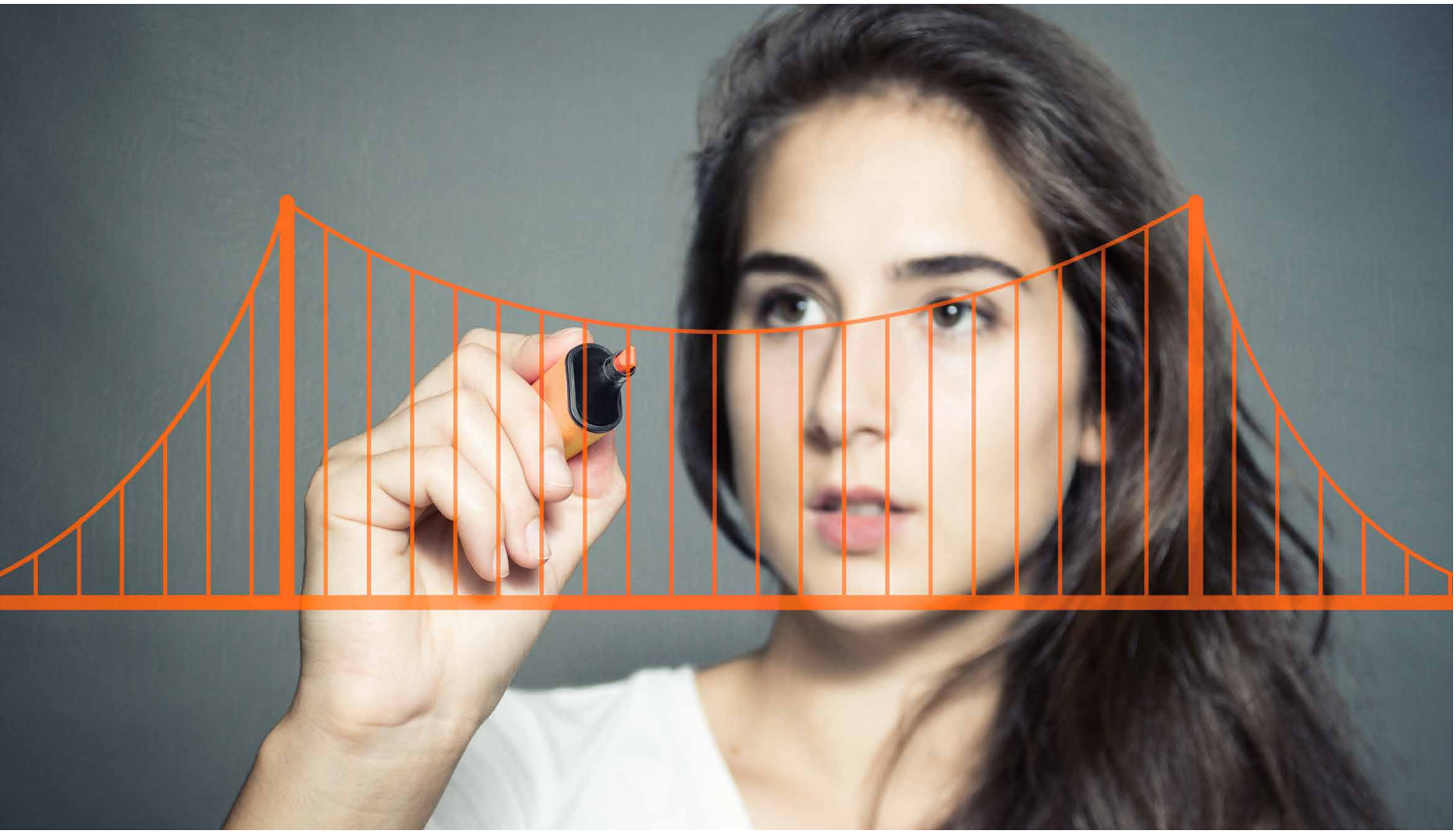
Das Interesse von Öffentlichkeit und Medien an nutzerfreundlichen Onlinediensten ist gestiegen, die Community rund um die digitale Verwaltung wächst. Eine bunte Zahl an Akteuren redet, diskutiert und macht nun bei der Verwaltungsdigitalisierung mit. Diese wachsende Aufmerksamkeit ist in vielerlei Hinsicht sehr zu begrüßen, insbesondere die Beteiligung junger Menschen an der digitalen Ausgestaltung von Bürgerdiensten. Nicht zuletzt war der bundesweite Hackathon #WirVsVirus mit rund 28.000 aktiven Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein gutes Beispiel für Engagement, Austausch und Zusammenarbeit.

So übergreifend und kollaborativ das virtuelle Großereignis auch war: Die Ergebnisse signalisieren bis auf wenige Ausnahmen, dass sehr viel Mühe in Ideen geflossen ist, die in der Realität deutscher Verwaltungen bisher offenbar wenig Effekt erzielen. Und selten anschlussfähig sind an die Verfahren auf Ebene der Städte, Gemeinden und Landkreise. Dieser Umstand muss sich ändern, um das große Potenzial und den Gestaltungswillen junger Menschen für die Ausgestaltung der modernen Verwaltung zu nutzen. Insbesondere gilt es, die Ideen aus der jungen europäischen Govtech-Szene stärker aufzugreifen und für die Entwicklung neuer Anwendungen dort zu nutzen, wo 80 Prozent der Verwaltung stattfindet: in den Kommunen.

„Basiswissen Verwaltung“ vermitteln

Die Verwaltung aus sich selbst heraus zu modernisieren, ist bekanntlich nur bedingt möglich – interne Arbeitsgruppen, Projekte und selbst neu geschaffene Innovation Hubs stoßen schnell an institutionelle und rechtliche Grenzen. Startups, die sich hingegen auf „Government Technology“ konzentrieren, können in ihrer Arbeit ungebundener denken, sind oft von vornherein an Innovation orientiert und unterliegen keinem behördlichen Rahmen. Ihnen gemein ist meist auch das Wissen um die Nutzerzentrierung in digitalen Prozessen. Allerdings verfügen sie selten über passende Referenzen, um sich auf Basis des Vergaberechts bei Ausschreibungen durchzusetzen. Gleichzeitig haben die meisten der Gründerinnen und Gründer wenig Erfahrung mit internen Verwaltungsabläufen. Genau hier liegt nun eine wichtige Rolle für die kommunalen IT-Dienstleister – es gilt, beide Welten stärker zusammenzuführen.

Ziel muss es sein, die Kenntnisse über bereits erfolgreich erprobte Lösungen, bestehende Strukturen und gewisse rechtliche Voraussetzungen unter den Govtech-Unternehmen zu verbessern. Die Rede ist weniger von der Vermittlung juristischen Detailwissens, sondern von einer grundsätzlichen Vorstellung, unter welchen Maßgaben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Behörden arbeiten und wie Verwaltung funktioniert. Die gemeinsame Teilnahme an Events wie Kongressen, Hackathons und Barcamps ist da sicherlich ein Anfang. Ein effektives Zusammenspiel ist aber breiter aufzustellen: Notwendig sind (wechselseitige) Schulungsangebote – es braucht schlicht mehr „Basiswissen Verwaltung“. Das ist für die eine Seite genauso wichtig wie für die andere.



Den Anschluss nicht verlieren

Denn in den kommenden Jahren sind große technologische und organisatorische Veränderungen zu erwarten, etwa durch den Einsatz von Blockchain-Technologie und die Nutzung künstlicher Intelligenz im Verwaltungshandeln. Die kommunalen IT-Dienstleister haben unter anderem mit der Gründung der Genossenschaft govdigital eG bereits darauf reagiert und forcieren die Entwicklung passender Lösungen für die öffentliche Hand. Neben dem technischen werden sich der demografische Wandel und der Fachkräftemangel in den kommenden zehn Jahren weiter verstärken – bis 2030 gehen rund 1,3 Millionen Angestellte und Beamte in den Ruhestand. Darauf muss die öffentliche Hand nicht nur mit Blick auf den Nachwuchs reagieren, sondern sollte gleichzeitig Partner finden, mit denen sie in puncto Digitalisierung flexibel und rechtssicher kooperieren kann – eine Chance für viele Startups.

Zudem ist mehr Innovationsdruck, Tempo und Transparenz notwendig, um den Wettbewerb um innovative E-Government-Lösungen anzuregen und die Dominanz der oftmals wenigen Oligopolisten zu verringern. Die Beschaffung von Software spielt dabei eine entscheidende Rolle, um souverän handeln zu können. Mit der Genossenschaft ProVitako, die den Austausch von Leistungen erleichtert und gemeinsame Ausschreibungen möglich macht, haben die kommunalen IT-Dienstleister sich dazu bereits aufgestellt.

Vitako setzt sich darüber hinaus dafür ein, Lösungen auf Basis von Open-Source-Software über Organisationsgrenzen hinweg entwickeln und einfacher teilen zu dürfen. Auch geht es darum, die Möglichkeit zu haben, auf eine starke Community öffentlicher und privater Akteure und einen vitalen Markt entwickelnder und anbietender Unternehmen zurückzugreifen. Langfristiges Ziel ist ein funktionierendes europäisches Ökosystem, das in der Lage ist, Software unabhängig von einzelnen Herstellern und noch weit stärker mit der öffentlichen Verwaltung und den IT-Dienstleistern voranzubringen.

Dabei kann auch der Bund unterstützen: Im Rahmen des Konjunkturpakets zur Abmilderung der Corona-Krise fließen drei Milliarden Euro zusätzlich in die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes. Ein Teil der Förderung wäre gut investiertes Geld, um die Verbindung der kommunalen IT-Dienstleister als tägliche Garanten öffentlicher IT mit den innovativen „Govtechs“ zu stärken.

▲ Dr. Ralf Resch ist Geschäftsführer von Vitako.

Vitako-Round-Table

Next Generation

Öffentliche IT – kein Platz für Innovation und junge Menschen?

Sie sind Quereinsteiger, kommen aus Startups, Wirtschaft oder Wissenschaft und haben einen unvoreingenommenen Blick auf die öffentliche Verwaltung, die sie mit neuen Ideen und Methoden verändern wollen. Vier junge Menschen sprechen beim Vitako-Round-Table-Gespräch über ihre Erfahrungen in der öffentlichen IT, über ihre Vorstellungen, wie Veränderung aussehen könnte, und über Kritik. Wie verträgt sich der frische Wind mit den der Verwaltung nachgesagten Beharrungskräften? Wie willkommen und akzeptiert fühlen sich die Vertreter einer neuen Generation? Das Gespräch moderierte Vitako-Geschäftsführer Ralf Resch.

Vincent Patermann

ist Geschäftsführer des NExT e. V., einem gemeinnützigen Verein, der Behörden und Beschäftigte im öffentlichen Dienst über Hierarchien, Ressorts und föderale Grenzen hinweg vernetzt und bei der digitalen Transformation unterstützt. Er ist Quereinsteiger in die Verwaltung, kommt aus der Musikindustrie und ist nach Stationen im Land Berlin (ITDZ Berlin) und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zurzeit in Projekte des Bundesministeriums des Innern involviert.

Christina Lang

ist Gründerin und Geschäftsführerin von 4Germany, einem Startup, das Fellowship-Programme anbietet, die Digitaltalente und Wirtschaftstalente mit der Bundesverwaltung zusammenbringen. Nach ihrem Jurastudium war sie als Beraterin in der Wirtschaft tätig und arbeitete beim Arbeitsstab Digitalisierung im Auswärtigen Amt. Sie fühlt sich weder in der Digitalwelt noch in der Verwaltung hundertprozentig zu Hause und sieht ihre Aufgabe in der Übersetzung zwischen beiden Welten.

Clarisse Schröder

arbeitet beim Dachverband der kommunalen IT-Dienstleister in Nordrhein-Westfalen (KDN) und war davor bei Dataport zuerst als IT-Trainee und dann als Beraterin für Innovation beschäftigt. Sie hat Angewandte Theaterwissenschaft studiert und als Übersetzerin in der Schweiz gearbeitet, wo sie eine kleine Agentur aufbaute, zu deren besten Kunden IT-Firmen zählten. Ihre Übersetzungsleistung ist auch heute bei der Digitalisierung sehr gefragt.

Basanta Thapa

arbeitet beim Kompetenzzentrum Öffentliche IT (ÖFIT), einer Denkfabrik zur Digitalisierung von Staat und Gesellschaft des Fraunhofer Institut für offene Kommunikationssysteme und des Bundesinnenministeriums. Dort beschäftigt sich der studierte Verwaltungswissenschaftler mit Blockchain, künstlicher Intelligenz und Dingen, die vielleicht erst in zehn Jahren für die Praxis relevant werden. Er promoviert an der Universität Potsdam über datengesteuerte Verwaltung.

Wir wollen am virtuellen Round-Table über die Bedingungen sprechen, die eine junge Generation in der Verwaltung vorfindet. Warum arbeitet eigentlich niemand von Ihnen in der Verwaltung seiner Heimatkommune? Ist die kommunale Verwaltung nicht attraktiv genug?

Clarisse Schröder: Ich glaube, das ist ein Gerücht, es gibt auch in Kommunen viele „cool kids“. Beim KRZN, beim krz, beim N3GZ-Netzwerk – ich kann sie gar nicht alle aufzählen. Außerdem gibt es genügend Beispiele, wo junge Leute, die bei öffentlichen IT-Dienstleistern arbeiten, innovative Lösungen entwickeln, weil sie einfach eine Idee haben, die sie umsetzen und dann für die Kommune verwertbar machen. Das ist schon sehr spannend.

Der öffentliche Sektor sollte sein Wertversprechen viel stärker ausspielen.

Christina Lang: Dass Kommunen Nachwuchssorgen haben, würde ich nicht kleinreden wollen. Das liegt vielleicht daran, dass die öffentliche Verwaltung von Nachwuchstalenten im Vergleich zur Wirtschaft grundsätzlich als weniger attraktiv wahrgenommen wird. Der öffentliche Sektor sollte sein Wertversprechen – sinnhafte Arbeit und etwas Positives fürs Gemeinwohl – viel stärker ausspielen. Dieser Aspekt wird derzeit noch überlagert von den zumindest von außen so wahrgenommenen Arbeits- und Karrierebedingungen, die weniger individuell, flexibel und agil erscheinen. Tatsächlich aber passiert in Kommunen viel mehr, als nach außen dringt.

Haben wir hier ein Kommunikationsproblem und der öffentliche Dienst ist eigentlich attraktiv, es weiß nur niemand? Oder handelt es sich um ein strukturelles Problem?

Basanta Thapa: Für viele ist der öffentliche Sektor doch sehr attraktiv. Er ist einer der letzten Orte in unserer Arbeitswelt, wo man noch einigermaßen sichere Bedingungen vorfindet. Zum Beispiel für Sozial- und Geisteswissenschaftler ist der öffentliche Sektor ein attraktiver Hafen, weil sie woanders oft auch nicht mehr Bezahlung oder längere Verträge erhalten würden. Die Debatte um Personalrekrutierung im öffentlichen Dienst kreist aber eher um Fachkräfte, etwa Informatiker. Als High Potential in der IT finde ich am Arbeitsmarkt jenseits der Verwaltung wesentlich attraktivere Arbeitsbedingungen vor.

Vincent Patermann: Ich möchte noch einmal zu der Frage zurückkommen, warum ich nicht in einer Kommune arbeite. Das liegt in meinem Fall vielleicht an Berlin. Viele Dinge, gerade im Bereich der Digitalisierung, hängen in Berlin im luftleeren Raum zwischen den Bezirken auf kommunaler Ebene und der Landesebene, wo die Hauptverwaltung ist. Das kann ziemlich frustrieren. Man erlebt ständig etwas, was man in der Software-Entwicklung metaphorisch „technische Schulden“ nennt: Aufbau- und Organisationsschulden, die sich über Jahre angesammelt haben und die heute nur schwer abzubauen sind. Da muss man ein ziemlich dickes Fell haben, um nicht unglücklich zu werden. Für mich ein Grund, dort nicht zu arbeiten.

Clarisse Schröder: Ich habe in der Schweiz in der IT-Geschäftsstelle einer Sozialversicherung gearbeitet. Im Zuge einer großen Fusion haben wir dort auch interkantonale Arbeit gemacht. Die Schweiz ist Deutschland schon ähnlich, es gibt dort ebenfalls E-Government-Standards und sichere Übertragungswege. In der Weiterbildung ist das Schweizer E-Government nach meinem Empfinden sogar etwas voraus. Alle Interessierten können sich zum Beispiel für die Schweizer Projektmanagement-Methode für E-Government, die heißt „Hermes“, auf unterschiedlichen Levels zertifizieren lassen. Das finde ich schon vorbildlich, wie dort Quereinsteigern ermöglicht wird, mit geringem zeitlichen und finanziellen Aufwand anerkannte Qualifikationen zu erlangen.

Der neue CIO des Bundesinnenministeriums, Markus Richter, hat den Aufbau einer Digitalakademie gefordert. Kann man sich solche Initiativen neben der Bundesebene auch auf kommunaler Ebene vorstellen?

Clarisse Schröder: Das wäre definitiv mein Traum. Neben dem schon genannten Wertversprechen ist es für Kommunen ein großes Attraktivitätsmerkmal, dass die Arbeit dort ein emergentes Feld ist, in dem man sich in verschiedenste Richtungen weiter spezialisieren kann. Das Ganze innerhalb einer Akademie zu strukturieren, halte ich für äußerst zielführend.

Christina Lang: Die Kompetenzen, die jetzt in einer Digitalakademie auf Bundesebene vermittelt werden sollen, betreffen Länder und Kommunen genauso. Aus Bürgersicht haben wir ja eine Kette von staatlichen Leistungen, die ineinandergreifen, und diese Kette ist nur so gut, wie ihr schwächstes Glied. In den Kommunen hat man manchmal deutlich mehr Spielraum, um über eine längere Zeit hinweg Dinge auszuprobieren, zu pilotieren und zu vergleichen, was gut funktioniert und was nicht.

An wen müssen wir uns wenden, wenn wir fordern, dass die Digitalakademie eine föderale, übergreifende Initiative wird?

Vincent Patermann: Der IT-Planungsrat betreibt das Forschungssprojekt „Qualifica Digitalis“ mit dem Ziel herauszufinden, wie ein Curriculum aussehen müsste, um geeignete Digitalkompetenzen aufzubauen. In dem Bund-Länder-Gremium kommen die relevanten Ansprechpartner zusammen.

Clarisse Schröder: Es gibt durchaus einige kommunale Programme, etwa die Digitallotsen, die ursprünglich in Baden-Württemberg entstanden sind und dort auch durch das Land finanziert wurden. Mittlerweile gibt es Übertragungen in Kommunen in Nordrhein-Westfalen – zum Beispiel in der Emscher-Lippe-Region oder in Soest. Und auch die Fernuni Hagen bietet inzwischen ein solches Programm an.

Vincent Patermann hat gerade im Chat einen Link geschickt. Was ist „Themis“?

Vincent Patermann: Das ist eine von Dinah Schmechel gegründete gGmbh mit dem Ziel, Digitallotsen in die Kommunen zu bringen. Da gibt es viele Schnittmengen mit dem Vorhaben von 4Germany, aber auch mit den existierenden Digitallotsen in Baden-Württemberg.

In vielen Verwaltungen ist das Bewusstsein über Digitalisierung noch nicht sehr ausgeprägt, Kommunen sind häufig noch analog aufgestellt. Gibt es eigentlich einen Zusammenprall der Kulturen, den sogenannten Clash of Cultures?

> Unsicherheiten und stetige Veränderung gehören nicht unbedingt zum Kern der Verwaltungsidentität.

Christina Lang: Ich nutze den Begriff tatsächlich und glaube gar nicht, dass er ausschließlich Kommunen betrifft. Wir sehen das in den Fellowship-Programmen sehr stark bei Leuten, die außerhalb der Verwaltung sozialisiert wurden und erste berufliche Erfahrungen, vielleicht in Startups gemacht haben oder in innovativen Wirtschaftsunternehmen. Wenn wir die mit der Verwaltungskultur zusammenbringen, gibt es schon systemische und strukturelle Herausforderungen. Übrigens auch in Ministerien. Einen Clash of Cultures finden wir daher nicht nur auf kommunaler Ebene, sondern in der Verwaltung insgesamt. Das fängt schon dabei an, wie Entscheidungsprozesse funktionieren. So zum Beispiel, wenn die schriftliche Kommunikation, weil alles nachvollziehbar sein soll, immer Gesprächen und der gemeinsamen Entscheidungsfindung vorgezogen wird.

▲ Runde Tische in Zeiten von Corona: Vitako-Geschäftsführer Ralf Resch (links) und Pressesprecher Julian Einhaus kommunizieren per Videokonferenz mit den Panel-Teilnehmern.

Vincent Patermann: Ich glaube, es ist weniger ein Clash als ein Abgehängtsein in dem Sinne, dass die Verwaltung ziemlich stillsteht. Unsicherheiten und stetige Veränderung gehören nicht unbedingt zum Kern der Verwaltungsidentität. Insofern gehen die Welten eher auseinander, als dass sie aufeinanderprallen. Mit der Vernetzung, die wir bei NExT betreiben, wollen wir dazu beitragen, eine digitale Kultur zu gestalten, die sich durch drei Bausteine auszeichnet: Technologie, Kollaboration und Vernetzung. Im Gegensatz dazu ist die analoge Kultur eher geprägt von Papier, linearer Sachbearbeitung und der Frage von Zuständigkeiten. Das ist der digitalen Kultur wesensfremd. Papier ist auch eine Technologie, aber bereits 5.000 Jahre alt. Wir nutzen sie immer noch, haben aber heute ganz andere technologische Möglichkeiten. Und da muss Verwaltung insgesamt mehr Tempo aufnehmen, um sich ändernden Bedingungen auch künftig gerecht zu werden.

Basanta Thapa: Von einem Zusammenprall der Kulturen zu sprechen scheint mir eher ein Verschieben von Verantwortung zu sein, nach dem Motto: „Die sind halt so und können das nicht.“ Dass die Verwaltung nicht auf jeden Zug aufspringt, ist ja durchaus gewollt. Sie ist dazu angelegt, beständig sicher zu funktionieren. Sie soll wenig Eigenleben entwickeln, sondern Vorgaben der politischen Aufsicht umsetzen. Wenn man Digitalisierung will, müssen dementsprechend mehr Druck, mehr politisches Kapital und mehr finanzielle Ausstattung investiert werden.

Clarisse Schröder: Mir ist bis heute schleierhaft, weshalb man in den Entscheidungsgremien Unterlagen als PDF verschickt, anstatt dass man Vorgänge von Sitzung zu Sitzung nachvollziehbar macht, zum Beispiel über ein Ticketing-Tool. Beim KDN haben wir für solche Zwecke mittlerweile eine offene Datenbank, die ist sowohl Open Source als auch Open Data: zu finden unter **ozg.kdn.de**. Wir haben eine erneuerte Website und eine Kollaborationsplattform, auf der wir in unseren Projektteams mit den kommunalen Fachleuten und der Arbeitsebene unserer Mitgliedsorganisationen zusammenarbeiten. Einzelne Seiten schalten wir sogar öffentlich und verbreiten das weiter über Social Media oder über das Forum „OZG-kommunal" von den kommunalen Spitzenverbänden. Es tut sich was.

Verwaltung ist dazu angelegt, beständig sicher zu funktionieren.

Das Netzwerk NExT ist im Gegensatz zu 4Germany in der Verwaltung selbst entstanden, um die verschiedenen Organisationen ins Gespräch zu bringen. Wie funktioniert der Austausch und sind Kommunen beteiligt?

Vincent Patermann: NExT ist aus dem Bedürfnis nach Austausch außerhalb von Gremien entstanden. Das wurde bis dahin von der Verwaltung zu wenig adressiert. So haben sich vor zwei Jahren eine Reihe von Entscheidern aus Behörden, Körperschaften und Anstalten öffentlichen Rechts zusammengetan. Es gibt Impulse aus der Praxis, Workshops, und Breakouts, wobei es die Teilnehmer gut finden, dass es bei uns möglich ist, konkret zu werden, ohne dass gleich eine Entscheidung folgen muss. Was die Mitglieder von NExT betrifft, kann man feststellen, dass es viele Organisation aus der Bundesebene sind. Gleichwohl ist NExT ein Netzwerk, das sowohl Land als auch Kommunen umfasst. Die haben sich bislang noch wenig engagiert, aber vielleicht haben wir auch in den letzten zwei Jahren nicht genügend darum geworben.

Christina Lang: Ich glaube, man kann den Wert solcher Netzwerke gar nicht überbetonen. 4Germany ist beispielsweise mit allem, was wir heute tun, stark vom NExT-Netzwerk unterstützt worden. Im ganzen Prozess haben wir sehr von dem Erfahrungsschatz der Personen und auch der Fürsprache der Leute profitiert, die sich in ihren Organisationen als Vorreiter verstehen. Ohne NExT würde es uns nicht geben, bisher arbeiten wir direkt nur mit der Bundesverwaltung. Wir kommen aus der agilen Software-Entwicklung und dort kann man oft nicht sofort eine Maximallösung bauen, zu der dann der Bund, 16 Länder und 11.000 Kommunen Zugang haben. Wenn man aber Piloten schafft und mit der Adressierung von einem Problembereich anfängt, ist natürlich auch verständlich, dass die Kommunen sagen: „Ich möchte nicht fünf Jahre warten, bis erst der Bund, zwei Jahre später die Länder und weitere zwei Jahre später dann die Kommunen Zugang erhalten."

Bei der Digitalisierung geht es darum, an vielen unterschiedlichen Stellen Dinge zu pilotieren. Und genau dann kommen Netzwerke ins Spiel, um gemeinsam mit und voneinander zu lernen, damit am Ende nicht ein Flickenteppich aus Lösungen entsteht, die nichts voneinander wissen oder miteinander nicht kompatibel sind. Ein Netzwerk ist ein Raum, um etwas gemeinsam zu entwickeln, und das müssen nicht alles nur Konsensentscheidungen sein. Man kann Verschiedenes ausprobieren und hat eine gemeinsame Plattform, um zu diskutieren, was am besten funktioniert, was größer gedacht und was wieder zurückgefahren werden kann.

Eine Frage an Basanta Thapa: Wie beurteilen Sie die Innovationsfähigkeit in der Wissenschaft im Vergleich zur Verwaltung?

Basanta Thapa: Die meisten Leute gehen in die Wissenschaft, weil sie neugierig sind und einen Spieltrieb haben. Genauso wie in der öffentlichen Verwaltung, deren großes

Pfund die Sicherheit der Arbeitsplätze und die Berechenbarkeit der Tätigkeit ist. Das zieht auch eine bestimmte Art von Leuten an. Daraus kann man ableiten, dass die Wissenschaft grundsätzlich ein bisschen innovationsfreudiger ist. Gleichzeitig gibt es auch in der Wissenschaft große Beharrungskräfte und Innovationshemmnisse. Das Publikationswesen funktioniert immer noch so wie vor 400 Jahren und die Wissenschaftskonferenzen wie anno 1950. Man kann also feststellen, dass auch andere gesellschaftliche Systeme neben der öffentlichen Verwaltung nicht mit Disruption und Innovation glänzen.

Gilt das auch für Fraunhofer?

Basanta Thapa: Bei ÖFIT arbeiten wir wissenschaftlich-politikberatend. Oft kommen Kommunen zu uns, die unsere Veröffentlichungen gelesen haben und uns um Hilfe bei der Umsetzung bitten. Hier müssen wir antworten, dass Umsetzungsberatung nicht in unseren Tätigkeitsbereich fällt. Für uns ist nicht oberste Priorität, dass unsere Ideen umgesetzt werden, sondern dass sie wahrgenommen werden und Diskussionen anstoßen.

Clarisse Schröder, Sie hatten darauf hingewiesen, dass es viele junge, innovative Menschen in Kommunalverwaltungen und bei kommunalen IT-Dienstleistern gibt.

Clarisse Schröder: Ich glaube, dass ein sicherer Job und das Bedürfnis, vorn dabei zu sein, sich nicht ausschließen müssen, wenn es darum geht, die Verwaltung als eine Struktur unserer Gesellschaft in die digitale Ära zu führen. Ich sehe da keinen Widerspruch. Schon der Aspekt der Gemeinwohlorientierung in der öffentlichen Verwaltung spricht für Stabilität. Wir wollen nicht disruptiv sein, sondern friedlich transformieren. Und ich glaube, dass dies auch ein Persönlichkeitsmerkmal abbildet, das man bei sehr vielen Leuten in der Öffentlichen Verwaltung vorfindet.

Vincent Patermann: Zu den stabilisierenden Elementen in einer Organisation gehören immer auch dynamisierende Elemente. Was sind denn die Quellen von Innovation in der Verwaltung? Ganz zuvorderst steht in meinen Augen die Demografie, aber auch technologische Veränderungen und Marktveränderungen spielen eine große Rolle.

> Wir wollen nicht disruptiv sein, sondern friedlich transformieren.

Sie alle sind in Netzwerken organisiert. Ist dieses Arbeiten in Netzwerken die Zukunft unserer Verwaltung, gerade auch in Hinblick auf Stabilität?

Christina Lang: Ich glaube ja. Man muss nicht grundsätzlich alles in Netzwerken organisieren. Es gibt bestimmte lineare Prozesse, die kontinuierlich durchgeführt werden. Dort ist es nicht sinnvoll, Kompetenzcluster zu bilden. Doch in Bereichen, in die man immer wieder neue Perspektiven integrieren will, in denen man strategisch und konzeptionell arbeitet, sich mit unterschiedlichen Themen und Projekten befasst – in solchen Fällen sind Netzwerksstrukturen streng linearen Silostrukturen deutlich überlegen. Zumindest entspricht das dem aktuellen Stand der Wissenschaft und dem, was derzeit in Wirtschaft und Gesellschaft praktiziert wird. Es wäre wünschenswert, wenn die Verwaltung solche Strukturen stärker anerkennt und zulässt. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung würden gerne mehr selbstbestimmt, eigenverantwortlich und innovativ agieren.

Basanta Thapa: Mir scheint ein großer Teil der Misere der deutschen Verwaltungsdigitalisierung genau in diesen Netzwerksstrukturen zu liegen, dadurch, dass wir Entscheidungs- und Abstimmungsstrukturen in Form von Netzwerken organisieren. Wir haben als Organisationsformen noch starke Hierarchien, doch die Verwaltungsdigitalisierung managen wir meist als Netzwerk, etwa mit dem IT-Planungsrat. Entweder haben wir da noch nicht den

richtigen Modus gefunden oder es funktioniert als Netzwerk einfach nicht. Im digitalen Bereich hat man weniger Interpretationsspielräume, etwa bei der Definition von Schnittstellen oder wenn Prozesse vereinheitlicht werden müssen. Daher würde ich sagen, dass eine Netzwerksstruktur nicht unbedingt die beste Lösung ist.

Eine andere Sache sind natürlich persönliche Netzwerke wie das N3GZ-Nachwuchsnetzwerk Digitale Verwaltung, in dem ich selbst sehr engagiert bin. Diese Netzwerke haben sich unter anderem gegründet, um breiten Zugang zu Informationen zu schaffen, die noch zu oft nur kleinen Zirkeln zugänglich sind.

Wir kommen schon zur Abschlussfrage: Was würden Sie als Leiterin oder Leiter einer kleinen kommunalen Behörde unternehmen, um an junge, frische, innovative Mitarbeiter zu gelangen und die Digitalisierung voranzutreiben?

Clarisse Schröder: Ich würde einfach jeden Tag zum Tag der offenen Tür erklären, und Leute, die sich für das Arbeitsfeld interessieren, sollen reinkommen und einfach mal ein bisschen mitarbeiten können. Fellowships wie Tech4Germany bieten ja jederzeit Hospitationsmöglichkeiten an. Das würde ich noch viel offensiver propagieren.

Vincent Patermann: Ich würde zuallererst jedes öffentliche Employer-Branding-Projekt stoppen und nicht mehr etwas verkaufen, was man nicht ist. Dann würde ich an vier Aufgaben arbeiten: Führung, Freiraum, Fortbildung und Finanzierung – und dabei die Spielräume nutzen, die vorhanden sind, um auf innovative und leistungsfähige Mitarbeitende individuell einzugehen und ihre Erfahrungen, die sie auch außerhalb der Verwaltung gesammelt haben, anzuerkennen und entsprechend zu honorieren. Wichtig ist auch, sie fortzubilden und ihnen durch Führung den Freiraum zu geben, sich zu entwickeln.

Christina Lang: Ich würde als Leiterin einer solchen Behörde bei mir selbst anfangen, meinen Führungsstil überdenken und mir überlegen, wo kann ich eigentlich Verantwortung abgeben und Mitarbeiter so befähigen, dass sie ihre Arbeit gut und gerne machen. Die Mitarbeitenden müssen intrinsisch motiviert sein. Ich möchte mich dann auch darauf verlassen, dass sie ihre Arbeit besser machen können als ich selbst, weil sie ja viel tiefer in den Fachthemen stecken. Ich glaube, Veränderung hat auch mit Führungsveränderungen zu tun.

Basanta Thapa: An vielen Dingen kann ich als Behördenleiter nicht rütteln. Ich kann am Laufbahnrecht nichts ändern, ich kann den Tarifvertrag nicht kündigen. Womit die öffentliche Verwaltung aber punkten kann, dies aber oft nicht tut, ist die Sinnhaftigkeit. In der Verwaltung geschehen Dinge mit Sinn. Ich sehe immer wieder, auch bei Leuten, die in der Beratung arbeiten, dass sie bewusst in den Public-Sector-Bereich gehen, weil sie eigentlich etwas Gutes für die Gesellschaft tun möchten. Man sollte also diese Sinnstiftung viel stärker in den Vordergrund rücken und kann darüber vielleicht Leute anlocken, die man mit den anderen Rahmenbedingungen nicht einfängt.

> **Die Mitarbeitenden müssen intrinsisch motiviert sein.**

Ralf Resch: Damit hat unser Gespräch zum Anfang zurückgefunden. Vielen Dank für Ihre Antworten und die vielen interessanten Einsichten. Wir bei Vitako glauben auch, dass es wichtig ist, die Verwaltung zu verbessern – durch Digitalisierung. Wichtig ist uns, im Gespräch zu bleiben mit Menschen, die die Verwaltung ebenfalls mithilfe des Digitalen verändern und verbessern möchten.

Kreativität freisetzen

Die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern hat die junge Welt der Startups für sich entdeckt und fördert intern interdisziplinäre Projektgruppen, die mit agilen Methoden Software-Lösungen entwickeln.

▲ Digital Lab: Das neue Lean-Team André Betz und Dr. Christina Schanzleh im Digital Lab der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern

Der Corona-Virus hat die Welt überrascht und überrumpelt. Auf einen Lockdown war niemand vorbereitet. Und selbst nach den Lockerungen der Anti-Corona-Maßnahmen lief vieles noch holprig und improvisiert: Um die Infektionsketten nachzuverfolgen, müssen Gaststätten und Betriebe Kunden bitten, ihre Kontaktdaten zu hinterlassen. Die Konsequenz: Zettel und Stifte, die reihum gehen, ein Wildwuchs an Papierformularen – und der Zweifel, ob das Ganze datenschutzrechtlich überhaupt hieb- und stichfest ist.

Der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) war klar: Der Markt braucht eine Lösung. Und zwar schnell. „Wir wussten, dass wir nur mit hoher Datensicherheit und bestem Datenschutz punkten können. Andererseits erschien es sinnvoll, die Kooperation mit Partnern zu suchen“, erklärt Dominik Wörner, Leiter der Unternehmensstrategie bei der AKDB. „Daher die Entscheidung, einen Aufruf in der #WirvsVirus-Hackathon-Community zu starten, einer gemeinwohlorientierten Gemeinschaft von Entwicklern, Designern und Umsetzern.“ Das Ergebnis: Über Nacht entwickelte das Entwicklerduo Stefan Michalk und Benedikt Schneppe einen überzeugenden Prototypen: die webbasierte Software darfichrein (**www.darfichrein.de**). Daraufhin beteiligten sich die AKDB und der bayerische Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA Bayern kurzerhand an dem Unternehmen. Mittlerweile nutzen fast 1.000 Betriebe in Bayern die digitale Lösung, mit der eine Gästeregistrierung völlig kontakt- und papierfrei erfolgt.

Die Lösung dient nicht nur Gaststätten, sondern ist auch in Kommunalverwaltungen im Einsatz – etwa für die Registrierung von Gästen kommunaler Schwimmbäder oder Bibliotheken.

Startups und der Govtech-Markt

Überhaupt, findet Wörner, lohne es sich, die zwei Welten zusammenzuführen. „Wir sind als AKDB der ideale Partner für junge Tech-Unternehmen, die gerade dabei sind, den Govtech-Markt für sich zu entdecken: Wer hat schon ein BSI-zertifiziertes Rechenzentrum, herausragende Kenntnisse in Datenschutz und IT-Sicherheit, das Gütesiegel ‚öffentlich-rechtlich' und tiefgreifendes Know-how im öffentlichen Sektor?" Die AKDB sieht sich mittlerweile als Plattform und Drehscheibe für die Entwicklung schneller und innovativer Produkte. Die Vorteile liegen auf der Hand: Heute, wo Produktlebenszyklen von Software immer kürzer werden, ist es besonders für etablierte „Player" wichtig, neue Wege auszuprobieren, neue Märkte und Zielgruppen kennenzulernen. „Mit diesem Projekt zeigen wir dem Markt, dass wir nicht nur solide Fachverfahren und Onlinedienste entwickeln und betreiben, sondern auch ‚quick and dirty' agieren können", resümiert der 30-jährige Wörner, der vor fünf Jahren seine erste Firma gründete und schon lange mit agilen Methoden arbeitet.

Agile Methoden sind auch das Leitmotiv im Alltag von Christina Schanzleh bei der AKDB. Die Scrum-Masterin, Konzeptorin und Moderatorin für Lean-Startup-Projekte ist seit ihrer Zeit im Langenscheidt-Verlag darauf spezialisiert, die Kreativität ihrer Kollegen freizusetzen und in interdisziplinären Teams gemeinsam neue Wege zu beschreiten – lean und agil. „In unserer schnelllebigen Zeit funktioniert die Produktentwicklung nach dem Wasserfall-Prinzip einfach nicht mehr, vielmehr sollten Lösungen nach zwei Gesichtspunkten entwickelt werden: Sie müssen extrem nah am Nutzer und extrem schnell realisiert werden. Dabei ist es bei Weitem wichtiger, die Lösung sofort am Nutzer zu testen, statt sie erst langwierig im stillen Kämmerlein zu perfektionieren."

Die Welt wird komplexer, Marktbedingungen verändern sich rasant und Mitbewerber sprießen buchstäblich über Nacht aus dem Boden. Da könne man nicht alles weit im Voraus vorhersehen und Produktentwicklungen bis ins kleinste Detail von langer Hand vorausplanen, so Schanzleh. Daher beschloss die AKDB Ende 2019, den Lean-Prozess zu starten, bei dem alle Mitarbeiter involviert sind: Es wurden Produktideen für die kommunalen Kunden gesammelt und gemeinschaftlich von allen Mitarbeitern bewertet. Aus zwölf Ideen wählte ein interdisziplinär besetztes Advisory Board, welche umgesetzt werden sollte. „Dieser Kreativprozess hat kein Ende. Es kommen immer wieder neue Ideen hinzu, so bleibt der Innovationsprozess im Gange."

▲ Claudia von der Brüggen, Vertriebsmarketing und Unternehmenskommunikation AKDB

Keine Angst vor Fehlern

In vielen größeren Unternehmen muss erst das richtige „Mindset", die richtige Mentalität greifen, dessen ist sich Christina Schanzleh sicher. „Einige Mitarbeiter trauen sich anfangs nicht, neue Wege zu beschreiten, dabei ist so viel Know-how vorhanden. Dieses Potenzial zu heben und die Eigeninitiative und Selbstständigkeit der Mitarbeiter zu fördern, braucht seine Zeit und setzt auf allen Ebenen viel Vertrauen, Mut und Offenheit voraus. Bei diesem Kulturwandel müssen vom Vorstand über das mittlere Management bis zum Azubi alle mitziehen", resümiert Schanzleh. „Aber es lohnt sich!", fügt sie hinzu. „Manchmal entdeckt man auf diese Weise ganz neue Zielgruppen oder Marktlücken. Die Hauptsache ist: Man hat keine Angst, Fehler zu machen. Machen statt zaudern ist die Losung."

Seit August 2020 wird an der Exploration der ersten Produktidee gearbeitet. Natürlich nach der Lean-Startup-Methode: Es werden Nutzerinterviews geführt, es wird entworfen, getestet, gelernt nach dem Prinzip „build, measure, learn". Und sechs Monate nach dem Startschuss weiß man, ob die Idee bei der Zielgruppe ankommt oder nicht. Wenn ja, dann ist das eine gute Ausgangsbasis für ein erfolgreiches Produkt.

▼ Mitwirkende an der Registrierungslösung **darfichrein.de** (v. l.): Benedikt Schneppe (Entwickler), Dominik Wörner (AKDB), Gudrun Aschenbrenner (Vorstandsmitglied AKDB), Staatsministerin Judith Gerlach, Stefan Michalk (Entwickler), DEHOGA Bayern-Geschäftsführer Dr. Thomas Geppert sowie DEHOGA Bayern-Präsidentin Angela Inselkammer

„Das Schlüsselwort ist Kooperation“

Dr. Markus Richter, der neue Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik, erläutert im Gespräch mit Vitako-Geschäftsführer Dr. Ralf Resch seine digitalpolitischen Vorhaben und setzt dabei auch verstärkt auf die IT-Dienstleister.

Herr Staatssekretär, Sie haben für die Nachnutzung von Ergebnissen des Onlinezugangsgesetzes die Losung „einer für alle“ ausgegeben. Wie soll das Modell technisch, finanziell und organisatorisch umgesetzt werden?

Markus Richter: Ich glaube, dass wir bei der Umsetzung der Verwaltungsdigitalisierung an einem kritischen Punkt angelangt sind, und zwar aus zwei Gründen. Erstens wird es zeitlich knapp, wir müssen bis Ende 2022 fertig sein. Und zweitens haben wir immer noch einen Flickenteppich an Lösungen in Ländern und Kommunen. Deswegen ist „einer für alle“ essenziell. Wir haben jetzt die große Chance, mit dem Konjunkturpaket, das die Bundesregierung verabschiedet hat, das Prinzip „einer für alle“ zum Leben zu erwecken. Dort, wo der Bund Beauftragungen auch im Sinne der Länder und Kommunen vornimmt, müssen wir stärker darauf achten, dass das von vornherein architektonisch einheitlich geschieht. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir auch Dienstleister mit in das Aufgabenbuch nehmen und dass die Lösungen dann auch in anderen Bundesländern produktiv gehen müssen. Ein Teil der Bringschuld ist dann sozusagen die Produktivsetzung in anderen Kommunen und Bundesländern. Das wird zu Diskussionen führen, aber im Grunde diskutieren wir dann schon über unsere Schwierigkeiten.

Welche Möglichkeiten sehen Sie denn zwischen Bund und Ländern, um die Verwaltungsdigitalisierung effektiver voranzubringen?

Markus Richter: Wir sitzen alle gemeinsam in einem Boot – Bund, Länder und Kommunen – und stehen unter einem gewaltigen Erwartungsdruck der Öffentlichkeit. Die fordert zu Recht von uns mit Blick auf die Erfahrungen in der Corona-Krise, dass wir mit der Digitalisierung gemeinsam vorankommen. Insofern ist es für uns jetzt wichtig, dass wir diesen Zusammenhalt auch tatsächlich ernst meinen. Dahinter verbirgt sich ein Kulturwandel: Wir müssen wegkommen von der Kleinstaaterei hin zu einem gemeinsamen Verständnis. Ich habe mit allen CIOs der Bundesländer gesprochen und habe eine hohe Bereitschaft wahrgenommen.

Verwaltung findet in der Kommune statt, die Entscheidungen fallen aber meist woanders – das führt immer wieder zu Misstrauen zwischen den Beteiligten. Wie wollen Sie mehr Vertrauen schaffen?

Markus Richter: Wir müssen diejenigen in die Entscheidungsprozesse einbinden, bei denen die Digitalisierung stattfindet, und das sind vor allem die Kommunen. Deswegen möchte ich gerne den Dialog und den Austausch intensivieren und Transparenz darüber schaffen, wo Leistungen digital verfügbar sind, wo es funktioniert, aber auch darüber, wo es hakt. Hierbei nehme ich den Bund gar nicht aus, denn auch beim Bund haben wir Aufholbedarf und müssen Transparenz walten lassen. So setze ich mich zum Beispiel in den IT-Gremien dafür ein, diejenigen mit an den Tisch zu holen, die letztendlich Bedarfsträger sind. Wir machen das alles ja nicht zum Selbstzweck, sondern um Lebenslagen zu verbessern. Ich kann mir zum Beispiel gut vorstellen, dass wir auch die Wirtschaft mal in den IT-Planungsrat oder am Rande eines Treffens einladen, um einen Austausch zu haben und die Diskussion zu konkretisieren.

Die öffentlichen IT-Dienstleister saßen bisher auch nicht direkt am Tisch, wo die Entscheidungen gefällt werden. Liegt bei den öffentlichen Dienstleistern von Bund, Ländern und Kommunen nicht auch ein Hebel, um deren Erfahrungen zu nutzen und in die Verwaltungsdigitalisierung einzubringen?

▶ Dr. Markus Richter ist seit April 2020 als neuer Bundes-CIO im Amt.

Markus Richter: Deswegen suche ich ja auch den Kontakt. Aus meiner Sicht ist das Schlüsselwort „Kooperation“. Mit dem Konjunkturpaket können wir dort jetzt Abhilfe schaffen, wo Projekte bisher an Finanzierungsfragen gescheitert sind. Aber kein Dienstleister wird allein diese Pakete umsetzen können. Das geht nur in Kooperation. Und da ist es richtig, dass wir kommunale IT-Dienstleister, aber auch private Dienstleister stärker adressieren. In welcher Form das passiert, ist unterschiedlich, weil ja beispielsweise auch Vergaberecht eine Rolle spielt. Das Ziel ist aber klar: Ohne IT-Dienstleister wird es uns nicht gelingen, die vor uns liegenden Aufgaben umzusetzen.

Es gibt ja unter den kommunalen Dienstleistern durchaus viel Zusammenarbeit. Ende letzten Jahres hat sich die Genossenschaft govdigital e.G. gegründet, die Bundesdruckerei ist auch mit dabei. Können Sie sich vorstellen, solche Kooperationen noch stärker in den Prozess einzubeziehen?

Markus Richter: Ich habe mich über die govdigital e. G. informiert und ausgetauscht, und bin schwer beeindruckt von dem, was da entstanden ist. Aus meiner Sicht ist das genau die richtige Zielrichtung, wenn wir erfolgreich sein wollen. Wenn wir „einer für alle“ ernst meinen und tatsächlich Lösungen von anderen übernehmen wollen, dann gelingt das nur, wenn wir das schon bei der Entwicklung von Lösungen berücksichtigen. Und was kann ein besseres Öl im Getriebe sein als starke Kooperationen vonseiten sowohl der Dienstleister als auch der Landes- und Bundesebene? Das nehme ich auch für Behörden in Anspruch, wo wir den IT-Rat haben und eng zusammenarbeiten. Das muss sich spiegelbildlich auch bei den IT-Dienstleistern zeigen.

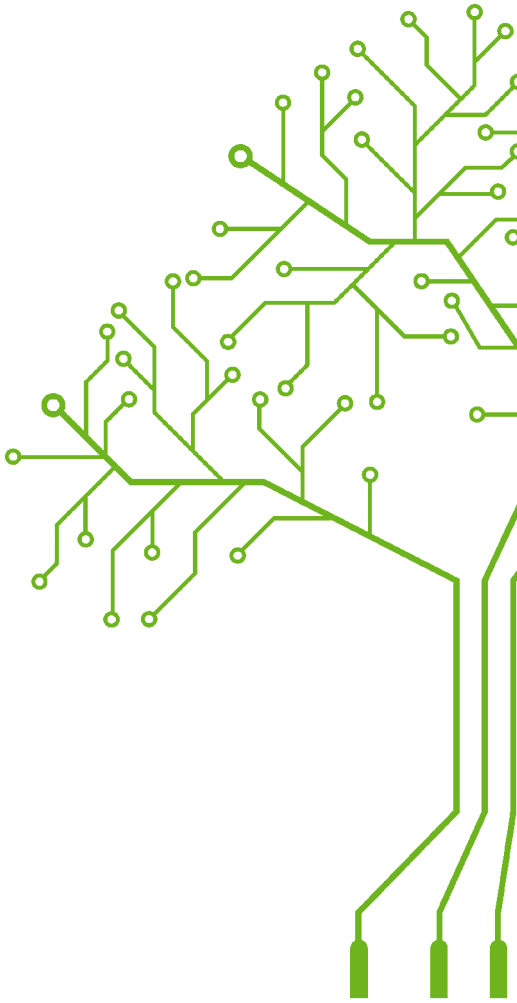
Welche konkreten Ansätze sehen Sie, um der öffentlichen Hand zu mehr digitaler Souveränität zu verhelfen – vielleicht auch im Zuge der deutschen EU-Ratspräsidentschaft?

Markus Richter: Ich habe ein klares Verständnis davon, wie wir digitale Souveränität in der Praxis umsetzen. Dazu gehört als Leitlinie, keinen Anbieter generell auszuschließen, sondern einen Multi-Stakeholder-Ansatz sowohl auf inländischer als auch auf europäischer Ebene zu verfolgen. Nur dort, wo wir verschiedene Anbieter zusammenbringen und Lösungen von verschiedenen Anbietern in der Weise nutzen, dass wir theoretisch die Betriebssysteme austauschen könnten, gelingt uns wirkliche Souveränität. Autarkie braucht man vielleicht allenfalls im Sicherheitsbereich, in der Regel geht es aber um Souveränität. Wenn wir einzelne Wettbewerber per se ausschließen, entsteht nicht unbedingt etwas Neues, sondern wir koppeln uns vom Fortschritt ab. Ich selbst bin in engem Austausch mit den CIOs der anderen europäischen Staaten. Wir bilden eine Koalition der Willigen als Ergänzung auch zur EU-Ratspräsidentschaft. Auf unserer Agenda ist insbesondere der Open-Source-Ansatz ein wichtiges Element. Aber auch hier gilt: Nicht jeder Mitgliedsstaat muss das für sich selbst machen. Ein gemeinsamer interoperabler Ansatz ist viel besser.

In der letzten Ausgabe von Vitako aktuell stellte Bundesumweltministerin Svenja Schulze die umweltpolitische Digitalagenda ihres Ministeriums vor. Nun folgt die Sicht der kommunalen IT-Dienstleister.

Nachhaltigkeit und Digitalisierung

Standards und Kennwerte für kommunale Rechenzentren



Die Digitalisierung ist ein beträchtlicher Umweltfaktor geworden – und fordert auch die IT-Dienstleister. Europäische und nationale Standards helfen, den Betrieb von Rechenzentren nachhaltiger zu machen.

Auf europäischer Ebene haben Nachhaltigkeit und Digitalisierung einen hohen Stellenwert. Der „European Green Deal“ gibt den Weg zur Klimaneutralität vor. Dafür plant die Europäische Kommission mit Finanzmitteln von fast 100 Milliarden Euro. Das EU-Förderprogramm „Digitales Europa 2021–2027“ soll die strategischen digitalen Kapazitäten entwickeln. Für Rechenzentren, die ihre Effizienzpotenziale nachweisen können, bieten EU-Programme vielfältige Möglichkeiten. So wird zum Beispiel über ein EU-Kataster und internationale Standards nachgedacht. Ansätze zur Standardisierung gibt es bereits in der neuen Ökodesign-Richtlinie, beispielsweise mit Mindestwerten für die Energieeffizienz von Servern. Auch der internationale Standard ISO 30134 definiert Kennwerte für die Effizienz von Rechenzentren.

Blauer Engel für Rechenzentren

Bereits 2012 entwickelte das Umweltbundesamt Kriterien für das Umweltzeichen „Blauer Engel“, mit dem der energieeffiziente und ressourcenschonende Rechenzentrumsbetrieb gekennzeichnet werden kann. Die Anforderungen sind streng und gehen über die üblichen Kennwerte wie etwa die Power Usage Effectiveness hinaus.

Die regio iT begann bereits gegen Ende der 2000er-Jahre, sich intensiv mit dem Thema Energieeinsparung zu beschäftigen. Für das zertifizierungserfahrene Unternehmen stellte sich schnell die Frage, ob ein Nachweis der umgesetzten Green-IT-Maßnahmen sinnvoll sein könnte; es wurde die Möglichkeit einer Blauer-Engel-Zertifizierung erwogen. Allerdings haben die Rechenzentren der regio iT einen teilweise beträchtlichen Colocation-Anteil, das heißt, Teilflächen sind an andere Betreiber vermietet. Bisher waren die Vergabekriterien des Blauen Engels dafür nicht ausgelegt.

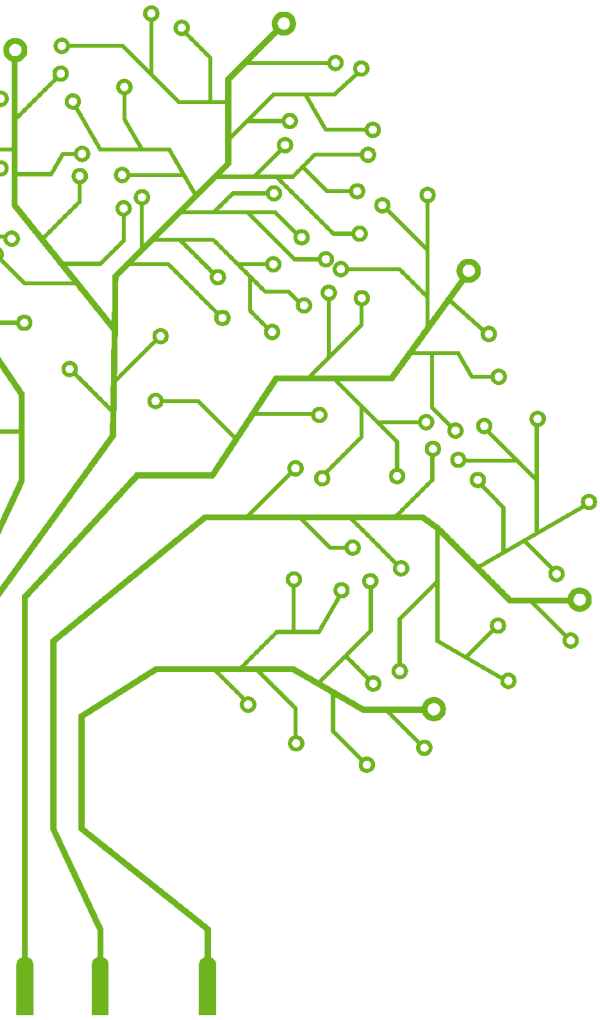
Blauer Engel für Colocation-Rechenzentren

Das hat sich nun geändert. Seit Anfang Januar 2020 gibt es einen Blauen Engel für klimaschonende Colocation-Rechenzentren. Die besondere Herausforderung: Beim Colocation-Betrieb kümmert sich der Rechenzentrumsbetreiber lediglich

▸ PUE
Die Power Usage Effectiveness (PUE) ist eine technische Kennzahl zur Energieeffizienz von Rechenzentren. Der PUE-Wert setzt die in einem Rechenzentrum verbrauchte Energie ins Verhältnis zur Energieaufnahme der IT-Infrastruktur.

▸ USV
USV bedeutet „unterbrechungsfreie Stromversorgung“. Eine USV-Anlage ist für die reibungslose, sichere Versorgung von Anlagen und Geräten mit Strom unentbehrlich.

▸ VDI
Virtual Desktop Infrastructure (VDI) steht für das Hosten kompletter Desktop-Systeme auf einem zentralen Server, die dann als virtuelle Arbeitsplätze betrieben werden und den Aufwand für den Hardware-Einsatz reduzieren.



um Stromversorgung und Klimatisierung, hat aber keinen Einfluss auf den Betrieb der IT. Das ist auch bei der regio iT so. Sofern nur ein Teil der vereinbarten Leistung für Strom beziehungsweise Fläche beansprucht wird, ist eine effiziente Kühlung – die maßgeblich zur Gesamteffizienz eines Rechenzentrums beiträgt – schwer erreichbar.

Eine Effizienzsteigerung lässt sich in vielen Fällen über die Infrastruktur des Rechenzentrums erreichen; insbesondere bei redundanter Betriebsweise. So hat regio iT etwa bei Ersatzinvestitionen zu USV-Anlagen einen besseren Wirkungsgrad als Bewertungskriterium herangezogen. Über bereits vorhandene Messtechnik steht nunmehr die Verifizierung für die erwarteten Lebenszyklus-Kosten an. Somit wird neben der Optimierung der Rechenzentrumsbetriebskosten auch ein Nachhaltigkeitsbeitrag geleistet.

IT-Dienstleister haben vielfältigere Möglichkeiten, um ihre Energieeffizienz zu steigern. Neben dem effizienten Betrieb der Rechenzentrumsinfrastruktur selbst kommt auch die Optimierung der Auslastung von IT-Systemen durch Virtualisierung infrage. Hierbei stellen manche Ansätze, wie die fortschreitende Virtualisierung von Arbeitsplätzen (Virtual Desktop Infrastructure, VDI), die nächsten Anforderungen an die Bewertung des effizienten Energieeinsatzes. Hier braucht es neue ganzheitliche Ansätze, wie sie das Umweltbundesamt in ihrem Forschungsprojekt KPI4DCE 2.0 (Key Performance Indicators for Data Center Efficiency) verfolgt.

Die Zukunft effizienter Rechenzentren

Mit diesem Forschungsvorhaben wird die Praxistauglichkeit von neuen Kennwerten untersucht. Neben der Energie- und Ressourceneffizienz werden auch ökonomische Kennwerte berücksichtigt. Die Indikatoren werden mit zehn Partner-Rechenzentren in der Praxis erprobt, die dazu umfangreiche Datensätze über ihre IT-Performance und Rechenzentrumsinfrastruktur zur Verfügung stellen.

Die regio iT war von Beginn an dabei. Der Aufwand lohnt sich: Anhand neuer, differenzierter Kennwerte wird sichtbar, das s in Teilbereichen eine deutlich höhere Ressourceneffizienz gegeben ist als bei vergleichbaren Rechenzentren. Im nächsten Schritt möchte die regio iT konkrete Maßnahmen zur Reduzierung der Energieverbräuche für sich identifizieren und umsetzen, etwa beim Datenmüll. Im Forschungsvorhaben konnte gezeigt werden, dass das Löschen unnötiger Daten die Umwelt schont. Die Löschung von über 9.000 Gigabyte bei einem Rechenzentrumspraxispartner ergab eine Einsparung von mehr als 1,7 Tonnen CO_2. Auch die aufwendige Herstellung und Entsorgung der Speichermedien wird mit den Kennwerten des KPI4DCE 2.0 bewertbar.

Nicht zuletzt wird auch der Einsatz von (energie) effizienter Software von großer Bedeutung sein. Denn erst das optimale Zusammenspiel von Software, IT und Infrastruktur der Rechenzentren macht einen effizienten Rechenzentrumsbetrieb möglich. Erste Standards dazu gibt es schon: das Umweltzeichen „Blauer Engel für Ressourcen- und energieeffiziente Softwareprodukte“.

▲ Bernhard Barz ist Informationssicherheitsbeauftragter der regio iT.

▲ Marc Wilkens ist Projektleiter für das Forschungsvorhaben KPI4DCE 2.0.

Die Ergebnisse der Forschung wurden als Leitfaden veröffentlicht, der die Effizienzmaßnahmen in Form von Best-Practice-Beispielen darstellt: **https://bit.ly/31q0lld**

Serie: DIGITALE BILDUNG UND DIGITALPAKT SCHULE
Teil 1: Der Digitalpakt Schule – Aktuelles zur Umsetzung
Teil 2: Wie können Digitalpakt und Bildung der Zukunft gelingen?
Teil 3: Technik und Lösungen
Teil 4: Konzepte für Unterricht, Qualifizierung und Schulumbau

Das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom März 2019 erweiterte die rechtlichen Möglichkeiten des Bundes, die Länder mit Finanzhilfen zu unterstützen, und schuf die Grundlage für die Verwaltungsvereinbarung „Digitalpakt Schule 2019 bis 2024“ zwischen Bund und Ländern vom Mai 2019. „Vitako aktuell“ berichtet in einer Jahresserie von den Herausforderungen und auch Erfolgen bei der Umsetzung.

Im Maschinenraum der Bildung

Der Digitalpakt Schule hat inzwischen bei Schulen und Schulträgern eine deutlich bemerkbare Aufbruchsstimmung erzeugt, verstärkt von den Erfahrungen der Corona-Krise. Bei Dataport zeigt sich das deutlich. Neben Schulbehörden und Bildungsministerien wenden sich immer mehr Schulträger und Schulen direkt an uns. Und hier zeigt sich auch: Schulen sind noch dabei, die grundlegende Infrastruktur für Digitalisierung aufzubauen und die Basis für die weitere technische Ausstattung zu legen. Entsprechend wird neben LAN- und WLAN-Ausstattung oder Präsentationstechnik auch einfache Elektrotechnik wie zum Beispiel die Ausstattung von Klassenzimmern mit Steckdosen angefragt.

Bis dieser Aufbau der Infrastruktur anlaufen konnte, mussten einige Hürden überwunden werden. So lagen die Förderrichtlinien zunächst nicht vor. Manche Schulen waren auch mit den geforderten „technisch-pädagogischen Einsatzkonzepten“ überfordert. So wurden Fördermittel erst spät beantragt und bereitgestellt. Schleswig-Holstein hat die Pflicht, mit der Beantragung von Fördermitteln ein Konzept vorzulegen, gerade abgeschafft. Nun reicht es aus, Rechnungen für förderfähige Geräte vorzulegen, das Einsatzkonzept kann nachgereicht werden. So erhalten Schulen schnell und unkompliziert Fördermittel. Hilfreich wären aus unserer Sicht dabei auch verbindliche Vorgaben oder Strategien, die verhindern, dass Flickenteppiche von Lösungen entstehen.

IT-Dienstleister sichern Nachhaltigkeit

Für den Erfolg des Digitalpakts spielen die öffentlich-rechtlichen IT-Dienstleister eine entscheidende Rolle. Sie sorgen dafür, dass er nachhaltig wirkt und nicht als Strohfeuer in der Beschaffung schnell veraltender Technik endet. Ihre kurzfristige Aufgabe ist es, Standards für die einzusetzende Technik einzuführen und tragfähige Konzepte für den Support anzubieten. So ist Dataport etwa dabei, ein Konzept für kommunale Schulträger zu erarbeiten. Ziel ist es, den Aufwand für Administration und Support in den Schulen so weit wie möglich zu verringern und einen zentralen Fachsupport mit Erstlösungskompetenz aufzubauen. Langfristig wird der zunehmende Einsatz von Cloud-Computing-Technologien zu weiterer Standardisierung führen und den Aufwand für Support und Wartung vor Ort weiter senken.

Standardisierung vs. freie Unterrichtsgestaltung

Dabei wird es immer eine Gratwanderung zwischen der wirtschaftlich gebotenen Standardisierung und dem Erhalt der notwendigen Freiheit für die Gestaltung des Unterrichts geben. Dataport setzt dabei auf drei Säulen:

1. Cloud-basierte Schulportale mit einem zentralen, möglichst landesweiten Identitätsmanagement, das am besten aus der Schulverwaltungssoftware gespeist wird.

2. Daran angebunden oder darin integriert ist eine Kommunikationsplattform mit E-Mail-Funktion, Messenger, Video-Conferencing-Tool und Datei-Management.
3. Ebenfalls integriert sind Lern-Management-Systeme, über die Lerninhalte bereitgestellt werden und die für die Organisation von Lernvorgängen dienen.

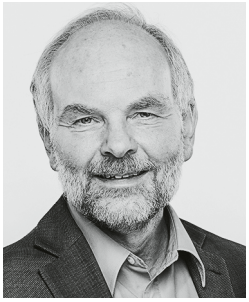
Weitere, für die Schule oder den Schulträger spezifische Dienste wie zum Beispiel Lösungen für das Device-Management lassen sich ebenfalls integrieren.

Digitale Souveränität in der Bildung

Dataport unterstützt föderal ausgerichtete Informationstechnik und die angebotenen Lösungen entsprechen den länderspezifischen Anforderungen und Schwerpunkten. So betreiben wir das Schulportal Schleswig-Holstein ebenso wie die Hamburger Lösung Edu-Port und engagieren uns für die Schul-Cloud des Hasso-Plattner-Instituts. Mit dem Projekt Phoenix wird eine Kommunikations- und Kollaborationsplattform auf der Basis von Open-Source-Software entwickelt. Diese kann in der Verwaltung wie im Bildungsbereich eingesetzt werden. Eine solche Open-Source-Plattform sorgt für Unabhängigkeit von marktbeherrschenden Anbietern und sichert so auch im Bildungsbereich die digitale Souveränität.

Perspektivisch wird IT-Dienstleistern auch eine weitere Rolle zufallen: die des „Integrators“. Dieser sollte Schulbuchverlage, Anbieter von Lernsoftware, Cloud-Computing-Dienstleister und andere zusammenbringen und übergreifende Lösungen entwickeln, die über das Bereitstellen von Technik und Infrastrukturen hinausgehen und auch die Entwicklung und Integration von Lerninhalten beinhalten. Warum sollte nicht in einigen Jahren darauf trainierte künstliche Intelligenz die Mathematikaufgaben für die Abiturklassen entwickeln?

Noch können wir nicht sagen, ob der Digitalpakt ein Erfolg wird. Die technischen Grundlagen für den Einsatz von Informationstechnik an Schulen sind gegeben. Vielfach stehen schon Breitbandanschlüsse zur Verfügung, auch wenn diese vielleicht schon bald weiter aufgerüstet werden müssen. LAN und WLAN-Technik sowie Lösungen für Schul-Clouds und lokale Schulserver sind ebenfalls verfügbar und schon vielfach im Einsatz. Das gilt auch für Lern-Management-Systeme und ein großes Angebot an fachspezifischer Lernsoftware. Viel wird davon abhängen, dass eine Integration der Systeme in eine leistungsfähige und gleichzeitig leicht zu bedienende Gesamtarchitektur gelingt. Es wird aber auch deutlich, dass die Nutzung von IT im Unterricht nicht nur technisches, sondern auch methodisch-didaktisches Wissen erfordert. Ist beides vorhanden, steht dem Weg in eine digitale Bildungszukunft nichts mehr im Wege.



▲ Kai-Uwe Stehnke ist Leiter Bildungswesen bei Dataport.

Vorhandene Strukturen nutzen

Konzept für eine künftige digitale Architektur

Deutscher Landkreistag und Vitako plädieren für die Integration bereits funktionierender Infrastrukturen, Systeme und Komponenten in eine föderale Struktur. Bereits vorhandene IT-Lösungen sollen eingebunden werden, um die zahlreichen Fachverfahren in der Fläche auf größeren Portalstrukturen und mit nutzerfreundlichen Services verknüpfen zu können.

Es mag nach außen kaum so erscheinen: Weite Teile der öffentlichen Verwaltung wurden in den vergangenen Jahrzehnten bereits digitalisiert. Von der Öffentlichkeit vielfach unbemerkt, hält der Prozess der Binnendigitalisierung unweigerlich an. Zahlreiche kommunale Verwaltungsverfahren laufen schon elektronisch – nun kommt es wesentlich darauf an, sie im Frontend funktional und unkompliziert zu Bürgern und Unternehmen zu bringen. Genau das schreibt auch das Onlinezugangsgesetz (OZG) bis Ende 2022 vor. Die konkrete OZG-Umsetzung – die Verknüpfung etwa von Verwaltungsverfahren mit den Portalen – lässt das Gesetz jedoch in weiten Teilen offen.

Das Ziel der Digitalisierung 4.0 erweist sich gerade im öffentlichen Sektor als weitaus komplexer, sind doch alle staatlichen Ebenen an einen Tisch zu holen. Allein aber die Aufgabe, ein einheitliches Lagebild und eine gemeinsame Vorstellung des künftigen Gebäudekonstrukts digitaler Leistungen zu zeichnen, ist eine Herausforderung. Verschiedene Akteure der föderalen Ebenen arbeiten an einer Konzeption – teils gemeinsam, teils unabhängig voneinander. Parallel laufen bundesweit bereits zahlreiche Digitalisierungslabore, um Prototypen künftiger Applikationen zu entwerfen. Es ist schwierig, die verschiedenen Aktivitäten zu überblicken.

Vor diesem Hintergrund erscheint es wichtig zu sehen, welche Strukturen bereits existieren. Kommunale IT-Dienstleister setzen seit vielen Jahren nicht nur die Binnendigitalisierung um, sondern entwickeln und betreiben bereits Digitalisierungsplattformen. Modulare IT-Dienste – wie sie das OZG vorsieht – mit Bausteinen aus Servicekonten, Bezahlschnittstellen und elektronischen Nachweisen sind teilweise bereits vorhanden. Beispiele mit teils mehreren Hundert Leistungen finden sich in vielen Bundesländern. Allerdings steht dies bisher nicht allen Kommunen in der Fläche zur Verfügung.

Neue Architekturen notwendig

Seit Sommer 2019 hat es mehrere Vorschläge zur föderalen IT-Architektur gegeben. Der Deutsche Landkreistag stellte im Juni 2019 in einem initialen Papier sogenannte Microservices in den Mittelpunkt. Die Föderale IT-Kooperation (FITKO) skizzierte im August 2019 eine föderale Integrations- und Entwicklungsplattform. Anfang 2020 wurde zudem ein Papier des Bundesinnenministeriums („Föderale Cloud-Lösungen“) vorgestellt. Im April 2020 folgte mit FIT-Connect und FIT-Store ein weiteres Konzept der FITKO.

In einem Positionspapier zeichnete Vitako bereits im Oktober 2019 ein Architekturbild, wie ein künftiges Zusammenspiel unter diesen Voraussetzungen funktionieren kann. Vor allem geht es darum, interoperable und einheitliche Schnittstellen zu schaffen und die aktuellen Rahmenbedingungen strategisch so fortzuentwickeln, dass die vorhandenen Potenziale möglichst zügig vernetzt werden können. Die arbeitsteilige Vorgehensweise bei der OZG-Umsetzung verlangt höchstmögliche Standardisierung. Eine gemeinsame Festlegung von Architekturelementen ist sinnvoll – der Aufbau aufwendiger neuer Entwicklungsbausteine hingegen nicht.

Auf die Schnittstellen kommt es an

Der Deutsche Landkreistag und Vitako haben nun das gemeinsame „Positionspapier zur Konzeption und Umsetzung einer föderalen Digitalisierungsarchitektur“ erarbeitet. Gezeichnet wird darin ein Architekturbild auf föderaler Basis, das gut funktionierende Infrastrukturen, Systeme und Komponenten einbezieht. Dafür sind gemeinsame Standards sowie einheitliche, medienbruchfreie und interoperable Schnittstellen zu konkretisieren und stärker zu etablieren. Ziel ist es, ein Modell für eine gemeinsame kommunale Entwicklungs- und Betriebsgemeinschaft zu entwickeln, das alle Akteure beteiligt und es erlaubt, arbeitsteilig vorzugehen. Ziel ist es auch, den Grad der Nachnutzung bereits vorhandener Lösungen möglichst hoch zu setzen, um Redundanz und zeitliche Verzögerungen zu vermeiden.

Technologisches Zielbild ist der Aufbau einer containerbasierten Multi-Cloud-Architektur mit einer gemeinsamen Orchestrierung. Föderale Cloud-Lösungen können beispielsweise allen Teilnehmern Open-Source-basierte Standardlösungen für Bürokommunikation oder Zusammenarbeit zur Nutzung bereitstellen. Ein anderes Nutzungsszenario ist der Aufbau einer gemeinsamen Entwicklungsinfrastruktur für die Entwicklung von Anwendungen, die von allen Teilnehmern für die Umsetzung des OZG genutzt werden kann.

Stufenweises Vorgehen

Hierfür wird in dem Arbeitspapier ein konkreter Stufenplan vorgeschlagen. Da die erfolgreiche OZG-Umsetzung einen entscheidenden Einfluss auf die Verwaltungsdigitalisierung und die zukünftige Digitalisierungsarchitektur haben wird, fokussiert die erste Phase auf die Unterstützung des OZG-Projekts und hat in den beiden nächsten Jahren eine entsprechend hohe Priorität für die Kommunen. Transparenz über die OZG-Services, die Herstellung fehlender Schnittstellen und der Ausbau von Übergangssystemen haben Priorität. In der zweiten Phase rückt eine Governance für übergreifende Services in den Mittelpunkt, die die Faktoren Nutzerakzeptanz, Kostentransparenz, Investitionsschutz und die Verfügbarkeit und Sicherheit kommunaler IT berücksichtigt.

Mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise wird mit einer offenen und zukunftsweisenden gemeinsamen föderalen Digitalisierungsarchitektur eine solide Plattform zur pragmatischen Umsetzung des OZG-Projekts und der Verwaltungsdigitalisierung bereitgestellt. Das Projekt kann damit einen wichtigen Beitrag für eine positive Entwicklung auch im europäischen Vergleich zum Beispiel auf Basis des E-Government-Rankings leisten.

▶ **www.vitako.de/publikationen**

▲ Martin Fuhrmann ist Referent für Digitalisierung bei Vitako.

Ein Ort für öffentlichen Code

Mehr quelloffene Software für die Verwaltung

Der Einsatz von Open-Source-Software in der Verwaltung ist ein wichtiger Beitrag zu mehr digitaler Souveränität. Bisher nutzen erst wenige Verwaltungen quelloffene Software. Ein Open-Source-Code-Repository speziell für die öffentliche Verwaltung soll das ändern.

Das Konzept klingt zunächst einfach: In einem Repository (Depot) wird Open-Source-Software für die Verwaltung bereitgestellt und die Community kann gemeinsam an bestehenden Lösungen arbeiten und neue Projekte entwickeln. An diesem Vorhaben arbeiten derzeit die Open Source Business Alliance (OSBA) und Vitako zusammen mit weiteren Partnern wie den kommunalen IT-Dienstleistern Lecos und Komm.ONE. Damit das wichtigste Ziel, die Stärkung der digitalen Souveränität der öffentlichen Verwaltung, erfüllt werden kann, muss das Repository Lösungen für eine Reihe von Problemen bereitstellen.

Zwar gibt es bereits eine ganze Reihe von Open-Source-Anwendungen, die in der Verwaltung genutzt werden könnten, doch sind diese oft wenig bekannt und schwer aufzufinden. Es ist nur schwer möglich, sich einen umfassenden Überblick über vorhandene Lösungen zu verschaffen. Hinzu kommt, dass von den gängigen Plattformen bezogener Code nicht immer bedenkenlos eingesetzt werden kann, da oft nicht erkennbar ist, ob dort tatsächlich alle Lizenzen korrekt angegeben wurden. Somit fehlt es an Rechtssicherheit. Gleichzeitig gibt es seitens der Verwaltungen noch immer Vorbehalte gegenüber Open-Source-Software, etwa Sicherheitsbedenken oder aufgrund befürchteter Schwierigkeiten mit Ausschreibungen in Vergabeverfahren.

Benefits für Verwaltungen

Open-Source-Software bringt eine Reihe von Vorzügen mit, die Verwaltungen auf ihrem Weg zu mehr digitaler Souveränität für sich nutzen können. Da Open-Source-Code für jeden einsehbar ist, kann er unabhängig auf Sicherheitsaspekte geprüft werden, etwaige Schwachstellen lassen sich schnell beheben. Außerdem können Anwendungen im eigenen Rechenzentrum betrieben und jederzeit an individuelle Bedürfnisse angepasst werden. Damit lässt sich weitgehende Unabhängigkeit von Herstellern erreichen. Bei deren proprietärer Software besteht immer die Möglichkeit, dass bestimmte Features eingestellt werden, Software keinen Support mehr erhält oder nur noch aus der Cloud angeboten wird. Die Arbeit am Code muss beim Einsatz von Open-Source-Software nicht allein gestemmt werden, sondern kann in Kollaboration mit anderen Nutzern erfolgen. So entsteht auch eine hohe Geschwindigkeit bei der Umsetzung von Innovationen und die Kompatibilität zwischen verschiedenen Systemen kann leichter hergestellt werden.

Besonders für Akteure aus der Verwaltung ergeben sich Vorteile bei gemeinsamen Entwicklungen, da alle die Open-Source-Software in vollem Umfang für sich nutzen können, ohne zuvor komplexe Vertragsfragen zu klären. Dies ermöglicht die einfache Nachnutzung von Lösungen und könnte damit auch beim E-Government – besonders bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetztes – zu mehr Schwung führen.

Sichtbarkeit, Information und Austausch

Um die Vorteile von Open-Source-Software für die Verwaltung nutzbar zu machen und Hindernisse für ihre Nutzung auszuräumen, verfolgt das Repository verschiedene Ziele. Die Sichtbarkeit von Open-Source-Projekten soll erhöht werden. Dabei sollen auch übersichtliche Informationen zu verwendeten Lizenzen, der Projekt-Community und dem Einsatzbereich der Software bereitgestellt werden. Es ist wichtig, dass auf einer solchen Plattform auch der Austausch zwischen den beteiligten Akteuren – etwa Programmierern, Anwendern und Administratoren – gefördert und der Aufbau von Netzwerken unterstützt wird, damit Communitys rund um die einzelnen Projekte entstehen können. Gleichzeitig muss Rechtssicherheit bei der Bereitstellung und dem Abruf von Code gewährleistet sein. Dafür muss sichergestellt sein, dass stets Angaben zur korrekten Lizenzierung vorhanden sind. Außerdem will das Repository auch Aufklärungsarbeit rund um das Thema Open Source leisten und entsprechende Informationen bereitstellen, um bestehenden Vorbehalten zu begegnen.

An der Mitwirkung Interessierte können sich direkt an Daniel Sieberath wenden: **sieberath@vitako.de**

Umsetzung

Als ein wesentlicher Teil des Open-Source-Code-Repository ist ein Leistungskatalog vorgesehen, der für jede eingetragene Software übersichtlich und leicht verständlich darstellt, um welchen Anwendungsbereich es sich handelt, in welcher Entwicklungsstufe sich das Projekt befindet und welche Lizenzen verwendet werden. Hinter dem Leistungskatalog steht dann das Repository, in dessen Rahmen die gemeinsame Arbeit an Open-Source-Software stattfindet. Hier werden der Code und die dazugehörige Dokumentation hinterlegt. Durch fortlaufende Versionierung soll jede Änderung transparent nachvollziehbar sein. Außerdem sollen Fehler gemeldet und neue Vorschläge eingebracht werden können. Auch eine Informationsplattform ist vorgesehen, auf der weitere Dokumentationen zu den jeweiligen Open-Source-Projekten hinterlegt werden können. Hier sollen auch allgemeine Themen rund um Open-Source-Software aufbereitet werden, wie Lizenz- und Ausschreibungsfragen. Rechtssicherheit soll das Repository zunächst durch einfache Nutzungsbedingungen und ein „Contributor Agreement“ erhalten, die sicherstellen, dass die jeweiligen Lizenzen korrekt eingehalten werden. Dieser simple Rahmen soll im weiteren Verlauf durch die Community selbst weiterentwickelt werden. Gleichzeitig ist eine zentrale Nutzer- und Rechteverwaltung für das gesamte Code-Repository vorgesehen.

Breite Unterstützung nötig

Der Aufwand für die bloße technische Umsetzung des Vorhabens ist laut den Initiatoren überschaubar. Allerdings müssen noch viele organisatorische oder juristische Fragen erarbeitet werden. Vor allem muss für das Repository eine Trägerorganisation gefunden werden. Um diese Fragen gemeinsam diskutieren zu können, ist eine möglichst breite Unterstützung aus Verbänden, der Verwaltung, der Open-Source-Community und der Politik nötig. Ganz im Sinne des Open-Source-Gedankens soll in gemeinsamer Arbeit vieler Akteure ein wichtiger Schritt hin zur mehr digitaler Souveränität der öffentlichen Verwaltung gelingen.

▲ Daniel Sieberath ist Referent für Informationsmanagement bei Vitako.

Betrieb auf eigenen Servern

Handlungsbedarf beim Datenschutz von Videokonferenzsystemen

Durch Homeoffice und Reisebeschränkungen sind Videokonferenzen zur neuen Normalität im Arbeitsalltag geworden und werden dies in Zukunft sicherlich bleiben. Umso wichtiger ist es, sich nun mit der Sicherheit und den Datenschutzeigenschaften der Anwendungen zu beschäftigen, bei denen zu Beginn der Pandemie vor allem die schnelle Verfügbarkeit im Vordergrund stand.

▲ Julian Einhaus ist Pressesprecher von Vitako.

Vitako hat dazu eine Handreichung erstellt, die auf zahlreiche Tipps der Landesdatenschutzbeauftragten und des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik verweist, wie Videokonferenzsysteme DSGVO-konform betrieben werden können.

Im Bereich des Datenschutzes muss grundsätzlich zur Nutzung von Software-as-a-Service-(SaaS)-Lösungen ein Auftragsverarbeitungsvertrag nach Artikel 28 (3) DSGVO mit dem Anbieter geschlossen werden. Diese stellen dafür meist Musterverträge zur Verfügung. Allerdings hat die Berliner Datenschutzbeauftragte bei einer Prüfung eben dieser Verträge teils erhebliche Mängel bei praktisch allen gängigen Anbietern festgestellt. Vor einer Nutzung sind die Bedingungen der jeweiligen Dienste also genau zu prüfen.

EDSA empfiehlt zusätzliche Maßnahmen

Im Fall von US-amerikanischen Anbietern – dies trifft auf einen großen Teil der bekannten Dienste

zu – besteht seit Kurzem ein weiteres gewichtiges Problem. Da der Europäische Gerichtshof (EuGH) das Privacy-Shield-Abkommen zwischen der EU und den USA für ungültig erklärt hat, ist diese Rechtsgrundlage für Datenübertragungen in die USA weggefallen. Der Europäische Datenschutzausschuss (EDSA) zeigt in einer Zusammenstellung häufiger Fragen die Konsequenzen auf: Das Urteil nimmt die Datenschutzbehörden, aber auch die im Sinne der DSGVO Verantwortlichen in die Pflicht. Übertragungen von personenbezogenen Daten in die USA können zwar weiterhin erfolgen, etwa auf Basis der sogenannten Standardvertragsklauseln. Zuvor ist jedoch eine eigenständige Prüfung erforderlich, ob das europäische Datenschutzniveau eingehalten wird. Da der EuGH dies in seinem Urteil aufgrund der Gesetzeslage in den USA grundsätzlich als nicht gegeben ansieht, empfiehlt der EDSA, zusätzliche Maßnahmen neben den Standardvertragsklauseln zu ergreifen. Wie solche Maßnahmen in der Praxis aussehen könnten, wird aber noch von den Datenschützern geprüft, konkrete Empfehlungen sollen erst zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht werden.

Selbst betreiben

Diese rechtlichen Schwierigkeiten lassen sich umgehen, wenn das Videokonferenzsystem auf eigenen Servern oder im Rechenzentrum eines IT-Dienstleisters gehostet wird. Das bedeutet zwar einen höheren technischen Aufwand als bei SaaS-Lösungen, bietet aber große Rechtssicherheit, da jederzeit die volle Kontrolle über die Daten gegeben ist. Dabei kann auf Open-Source-Alternativen zurückgegriffen werden, die für die individuellen Zwecke angepasst werden können. Das deckt sich auch mit den Empfehlungen der Datenschützer.

- Zur Handreichung: https://bit.ly/31z8NyD
- Prüfung von SaaS-Verträgen: https://bit.ly/2X93tR6
- FAQ des Europäische Datenschutzausschusses (EDSA): https://bit.ly/2XbiQZD

krz
Kommunales Rechenzentrum
Minden-Ravensberg/Lippe

DIGITALISIERUNGS-
STRATEGIE 2025

DER WEG IN DIE KOMMUNE 4.0

→ Gemeinsame Strategie im krz-Verband
→ Beratung zur Digitalisierung
→ Umfassende Services zur Umsetzung

www.krz.de

Köpfe & Technik

In unserer Rätselreihe beschreiben wir jeweils eine Person, die für (mindestens) eine bedeutende technische Neuerung verantwortlich ist. **Erraten Sie, um wen es diesmal geht?**

Unser Gesuchter sind eigentlich drei Personen, drei Brüder. Als sie jung waren, vor 20 Jahren, galten sie als Vorzeigeschüler der noch sehr frischen Startup-Szene in Deutschland und wurden häufig als „Glücksritter der New Economy“ bezeichnet. Ihr erstes deutsches Startup, eine Auktionsplattform, verkauften sie an ein US-Unternehmen, das heute Marktführer ist. Es folgten unzählige weitere Firmengründungen, darunter ein Klingelton-Imperium, das wegen aggressiver Abo-Vermarktung in die Kritik geriet. Überhaupt mussten die drei sich häufig vorwerfen lassen, lediglich „Copycats“ aufzubauen und aus fremden Geschäftsmodellen Kapital zu schlagen, indem sie sie kopieren und die deutsche Version gewinnbringend an das ausländische Original-Unternehmen zurückverkaufen.

Seit 2006 betätigen sich die drei Brüder als Risikokapitalgeber und haben beispielsweise das Online-Modeunternehmen Zalando, den Essensbestelldienst Delivery Hero und den Lebensmitteldienst Hello Fresh mit aufgebaut. Ihr eigenes börsennotiertes Unternehmen tritt als Inkubator auf und päppelt kleine Firmen auf, um sie nach Möglichkeit auf einen Börsengang vorzubereiten. Mehr als 200 Unternehmen mit rund 42.000 Mitarbeitern befinden sich nach eigenen Angaben derzeit im Portfolio. Ob darunter auch Firmen sind, die für die öffentliche Verwaltung forschen und entwickeln, ist nicht bekannt.

Helmut Merschmann

Wer war’s?

Die Auflösung finden Sie unter dem Impressum auf Seite 4.

Branchenticker

Der wöchentliche Newsletter mit aktuellen Branchenmeldungen. Jeden Freitag frisch vom Vitako-Redaktionsteam. Hier abonnieren: **www.vitako.de/abonnements**

Endgeräte für Lehrer

Nordrhein-Westfalen will seine rund 200.000 Lehrerinnen und Lehrer an öffentlichen Schulen und Ersatzschulen mit digitalen Endgeräten ausstatten. Dafür stellt die Landesregierung 103 Millionen Euro bereit. Die Schulträger können die Mittel bei den Bezirksregierungen beantragen. Die Anzahl der zur Verfügung gestellten Endgeräte berechnet sich aus der Anzahl der Lehrkräfte im jeweiligen Einzugsbereich. Die Höhe der Förderung beträgt laut Ministerium bis zu 500 Euro pro mobiles Endgerät: Dazu zählten Laptops, Notebooks und Tablets. Die Endgeräte sollen im Besitz der Schulträger bleiben und werden den Lehrkräften für die Dauer ihres Dienstes zur Verfügung gestellt. Die Mittel können bis zum 31. Dezember 2020 abgerufen werden. **https://bit.ly/2PRuZ1P**

Langsamer Geldfluss

Mehr als ein Jahr nach Inkrafttreten des Digitalpakts Schule ist offenbar weiterhin nur ein kleiner Teil der Fördermittel an die Schulträger geflossen. Laut einer aktuellen Umfrage unter den Bundesländern sind mehr als fünf der 5,5 Milliarden Euro noch nicht ausgezahlt. Bundesbildungsministerin Anja Karliczek forderte eine erneute Digitalisierungsoffensive: „Ich will, dass die Schulen in dieser Pandemie bei der Digitalisierung jetzt schneller vorankommen.“ So sollten die Länder ihren Spielraum nutzen. Zudem ist festgelegt worden, dass der Bund die obligatorischen Medienkonzepte vorerst nicht prüft, sie können nachgeliefert werden. Der Bund fördere zudem nun auch die digitale Lehrerausbildung mit 80 Millionen Euro bis 2023. **https://bit.ly/3gppi6D**

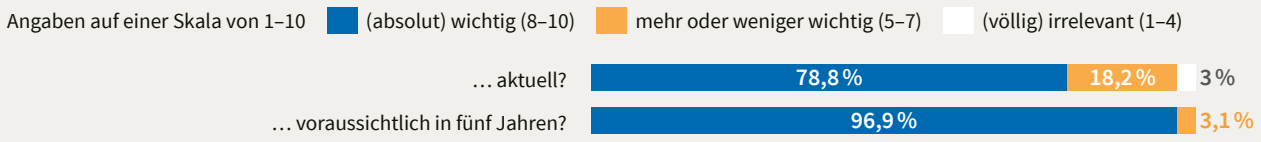
Logineo für alle

Das Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen will landesweit auf die Lernplattform Logineo setzen. Das Portal wurde auf Open-Source-Basis von mehreren kommunalen IT-Dienstleistern im Land entwickelt. Vitako begrüßt diese Entscheidung hinsichtlich Resilienz und digitale Souveränität. Über die webbasierte Plattform können Lehrer mit ihren dienstlichen E-Mail-Adressen rechtssicher kommunizieren, Termine in gemeinsamen Kalendern organisieren und Unterrichtsmaterialien in einem geschützten Cloud-Bereich austauschen. Ende letzten Jahren hatte der Rollout von Logineo NRW nach einer Pilotphase an 20 Schulen begonnen. Logineo wird seit 2015 vom KRZN, Medienberatung NRW und dem LVR entwickelt. **https://bit.ly/3i1tAl3**

Innovative Arbeitskultur

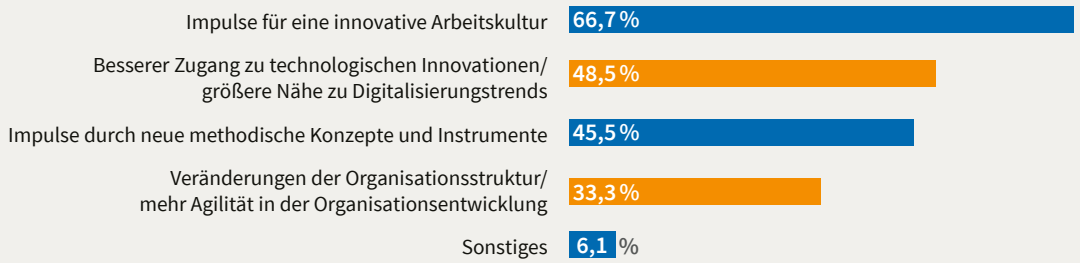
Wie die kommunale IT junges Know-how strategisch einbindet, ist Gegenstand einer aktuellen Umfrage vom Marktforschungsunternehmen Hiestermann & Frömchen GmbH.

1. Auch in der kommunalen IT-Landschaft gewinnt die Einbindung junger IT-Fachleute (z. B. Digital Natives) und ihres frischen Know-hows immer stärker an Bedeutung – nicht zuletzt um als Arbeitgeber attraktiv zu sein. Wie relevant ist dieses Thema für Ihr Unternehmen/Ihr Amt …



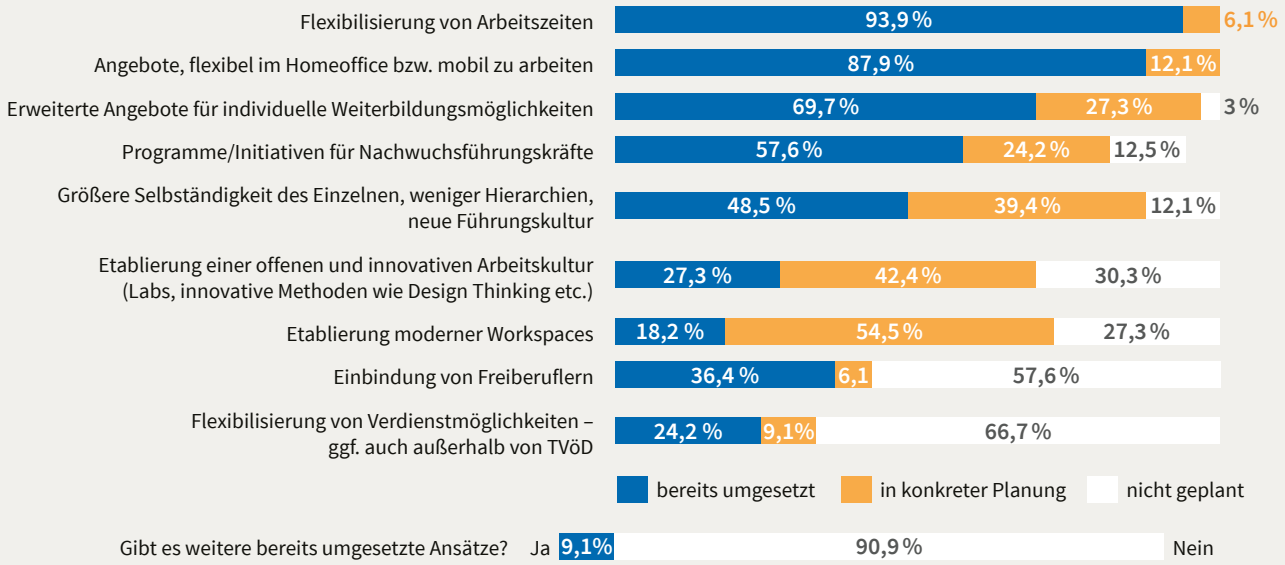
Die Einbindung junger IT-Fachleute hat bereits jetzt eine sehr hohe Bedeutung für die kommunale IT, die in den kommenden fünf Jahren noch zunehmen wird.

2. Welches sind aus Ihrer Sicht die beiden wesentlichen Vorteile der strategischen Einbindung junger IT-Fachkräfte in die eigenen Unternehmens-/Organisationsziele?



Impulse für eine innovative Arbeitskultur werden als wesentlicher Vorteil der Einbindung junger IT-Fachkräfte gesehen, gefolgt von einem besseren Zugang zu technologischen Innovationen.

3. Welche Ansätze werden in Ihrem Unternehmen/Ihrer Organisation aktuell bereits verfolgt, um junges Personal und dessen Know-how zu binden?



Fast alle teilnehmenden Vitako-Mitglieder bieten bereits flexible Arbeitszeiten, Arbeiten im Homeoffice sowie Programme für Nachwuchsführungskräfte an, um junges Personal zu binden.

Was macht eigentlich … der Teletext?

Lange vor der Erfindung und allgemeinen Verbreitung des World Wide Web warf das Informationszeitalter seinen ersten Lichtschein in bundesrepublikanische Wohnzimmer: Das Teletext-Angebot der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten nahm Anfang der 1980er-Jahre den Regelbetrieb auf (damals auch unter dem Namen „Videotext“). Anhand grob gepixelter Schriften und kruder Layouts in grellen VGA-Farben konnten Nachrichten, Wetter, Lottozahlen, Sportergebnisse und Hinweise zum TV-Programm aufgerufen und die heute weitverbreitete Kulturtechnik „vor einem Bildschirm sitzend Informationen beschaffen“ eingeübt werden. Auch Untertitelungen des laufende Programms gehörten bald dazu. Heute wirken die bunten Teletext-Tafeln retro und nostalgisch. Doch tatsächlich konnte sich das Angebot bis ins digitale Fernsehzeitalter retten und ist nach wie vor äußerst beliebt. Nicht nur viele überregionale und regionale öffentlich-rechtliche Stationen, sondern auch Privatsender bieten den Service an. Angaben zu den Nutzerzahlen variieren, sind jedoch erstaunlich hoch. Eine repräsentative ARD-Umfrage ergab, dass rund 25 Millionen Nutzende das Medium gelegentlich aufrufen, etwa die Hälfte davon sogar mehrmals in der Woche. Und das Verhältnis zu den übergroßen Informations- und Unterhaltungskonkurrenten Internet und Social Media? Die Redaktionen versuchen Brückenschläge: Zumindest die öffentlich-rechtlichen Angebote sind vollständig online verfügbar. Und für beliebte Sendungen wie den „Tatort“ oder Fußballübertragungen gibt es das Format „Teletwitter“: Dabei werden Twitter-Kommentare in den Teletext eingespeist. Das erscheint schlüssig. Schließlich gründen beide Medien ihren Erfolg auf das Prinzip „Kürze/Würze“.

◀ Sibylle Mühlke ist freiberufliche Texterin und Autorin u. a. für IT-Themen.

Vitako intern

Vitako intern ist unser E-Magazin, das über aktuelle IT- und E-Government-Themen informiert – aus der Binnenperspektive der kommunalen IT-Dienstleister. Unser PDF-Magazin erscheint alle zwei Monate und präsentiert spannende Berichte aus der Welt der kommunalen IT. Das E-Magazin ist im E-Mail-Abonnement frei erhältlich.
www.vitako.de/vitakointern

In der Ausgabe 03|2020

In den vergangenen Wochen blieb das übliche Sommerloch aus und es war einiges los in der Digitalisierungsszene des öffentlichen Sektors. Vitako hat am ersten Zukunftskongress digital teilgenommen und dabei erstmals gemeinsam mit der Open Source Business Alliance über die Initiative für ein Repository für Open Source Software (OSS) für den öffentlichen Sektor gesprochen (einen ausführlichen Bericht finden Sie auch in dieser Ausgabe der Vitako aktuell auf Seite 26). Zwei Handreichungen, zum Einsatz von künstlicher Intelligenz und zum Datenschutz bei Konferenzsystemen, wurden veröffentlicht, ein weiteres Positionspapier zu OSS entstand in Zusammenspiel mit weiteren europäischen öffentlichen IT-Dienstleistern im Rahmen von EURITAS. Freudig stimmt zudem die Aufnahme dreier neuer Mitglieder, die durch eine gesetzliche Ausnahmeregelung und ein digitales Verfahren in den Verband aufgenommen werden konnten, obwohl die vergangene Mitgliederversammlung aufgrund der Corona-Pandemie leider entfallen musste. Zudem lesen Sie in der aktuellen „intern“, woran die Mitglieder AKDB, ekom21, ITEBO, KRZN, Lecos und regio iT arbeiten und welche Produkte, Leistungen und Strategien sie ihren Kunden bieten.

AUSGABE 03|2020

WIR MACHEN DAS!
Bizer fordert starkes Mandat

DIGITALE BILDUNG
Souverän mit Open Source

AUS DER MITGLIEDSCHAFT
Neue Beteiligungen

AUS DER FORSCHUNG
Studien, Reports, Indizes

AUS DER BRANCHE
Hilfe durch Digitalisierung

RATSPRÄSIDENTSCHAFT
Was digital aus Brüssel kommt

Die Bedeutung von interaktiven Tools und mobilen Anwendungen im E-Government nimmt ständig zu. Vitako aktuell stellt in jeder Ausgabe eine App für Bürgerinnen und Bürger vor und wertet diese in verschiedenen Kategorien aus.

Bürger-App „Gieß den Kiez“

Nachhaltiges Engagement: Bäume adoptieren und selbst bewässern

Die interaktive Karte „Gieß den Kiez“ soll Berliner und Berlinerinnen dabei helfen, den Baumbestand ihrer Stadt zu erhalten. Unter giessdenkiez.de wird über die rund 625.000 Berliner Straßen- und Anlagenbäume sowie deren Wasserbedarf informiert. Die Web-App koordiniert das Engagement der Berliner und Berlinerinnen und entstand im Rahmen des Innovations-Netzwerkes CityLAB. Das CityLAB bringt Menschen aus Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wissenschaft zusammen, wird von der Technologiestiftung Berlin organisiert und durch die Berliner Senatskanzlei gefördert.

Zweck

Wenn es nicht ausreichend regnet, leiden Bäume an sogenanntem Trockenstress, der gerade für neu gepflanzte Bäume verheerend sein kann. Um die Bäume gut durch den Sommer zu bringen, sollen Berliner und Berlinerinnen Bäume adoptieren und bewässern. „Gieß den Kiez“ zeigt den Wasserbedarf einzelner Bäume. Grundlage der Bedarfseinschätzung sind das Baumalter und die eventuelle städtische Betreuung. Mithilfe tagesaktueller Daten des Deutschen Wetterdienstes wird informiert, wie viel Regenwasser etwa der Gingko um die Ecke in den letzten 30 Tagen erhalten hat.

www.giessdenkiez.de

Gestaltung/Bedienkomfort

Die Benutzer und Benutzerinnen erhalten zunächst eine kurze Einführung in das Thema sowie Informationen, wie sie aktiv an dem Projekt teilnehmen können. Die interaktive Karte ist selbsterklärend und frei zugänglich. Eine Legende ermöglicht nicht nur das Ein- und Ausblenden der Bäume, sondern auch von öffentlichen Pumpen und Niederschlagsflächen. Mithilfe einer Standortsuche und einer Filterfunktion nach Baumalter, bereits erfolgten Adoptionen und Bewässerungen ist die intuitive Bedienbarkeit der Karte gegeben.

Anwendbarkeit

Regelmäßigen Besuchern und Besucherinnen wird empfohlen, ein Konto anzulegen. Die Registrierung erfolgt in nur wenigen Klicks, allerdings ist diese in englischer Sprache. Die Web-App selbst ist lediglich in deutscher Sprache verfügbar. Durch die Anmeldung wird das Adoptieren von Bäumen möglich. Es kann hinterlegt werden, wie oft und mit wie viel Wasser jeder Baum bewässert wurde.

Kompatibilität und Kosten

Das Angebot ist kostenlos und als Web-App verfügbar. Als Open-Source-Softwareprojekt unter einer MIT-Lizenz können die Idee und der Quellcode auch in anderen Städten kostenlos genutzt werden.

Nutzen	
Innovationsgrad	5
Einbindung in den Verwaltungsprozess	4
Gestaltung	
Niedrigschwelliger Zugang	4
Intuitive Bedienbarkeit	5
Ansprechendes Design	5
Mehrere Sprachen	1
Fehlerfreie Bedienung	5
Inhalte	
Informationsgehalt	5
Zielgruppenorientierung	5
Partizipationsmöglichkeiten	4
Aktualität und Pflege	4
Kompatibilität und Kosten	
Verschiedene Betriebssysteme	–
Nutzung via Browser	5
Kosten	5
Open Source	5

Notenstufen von 1 (schlecht) bis 5 (am besten)

◀ Monika Majer ist Mitarbeiterin des Fraunhofer-Instituts für Offene Kommunikationssysteme (FOKUS).

Vitako: Spotlight

Fast anderthalb Jahre nach Start des Digitalpakts Schule ist weiterhin nur ein kleiner Teil der fünf Milliarden an die Schulträger geflossen. Bundesbildungsministerin Anja Karliczek forderte deshalb zum wiederholten Male eine Digitalisierungsoffensive: Die Schulen müssten in Sachen Digitalisierung schneller vorankommen, die Länder ihren Spielraum stärker nutzen und Medienkonzepte können nun auch nachgeliefert werden.

Die kommunalen Rechenzentren stellen ihre Dienste hierfür als regionale und natürliche Partner der Schulen und Schulträger gerne zur Verfügung. Schon im Dezember 2019 hatte Vitako Ministerin Karliczek Unterstützung angeboten. Um langfristig erfolgreich zu sein, gilt es, die Kompetenzen und bereits vorhandenen Strukturen und Leistungen der kommunalen Dienstleister für den Bildungsbereich zu nutzen. Denn gerade durch die Bündelung mehrerer Schulen lassen sich große Synergieeffekte für den Ausbau digital-souveräner IT-Infrastrukturen und deren Erhalt schaffen.

Die kommunalen IT-Dienstleister verfügen mit Pro-Vitako über eine eigene Genossenschaft, die den Kauf Tausch und Betrieb von Geräten und Systemen organisiert. Über diese Plattform und entsprechende Rahmenverträge konnten in den vergangenen Wochen weit über 10.000 zusätzliche Notebooks für kommunale Schulträger geordert werden. Eine noch größere Zahl wird in Kürze hinzukommen sowie weitere Leistungen rund um die Betreuung und den Betrieb der IT. Kommunen sollten die weitreichenden Möglichkeiten von Pro-Vitako nutzen und Bestellungen über ihren kommunalen IT-Dienstleister vornehmen.

ITKalender

3. September 2020, Bonn (digital)
ÖV-Symposium NRW

1. Oktober 2020, Stuttgart
Baden-Württemberg 4.0

1. Oktober 2020, München (digital)
AKDB-Kommunalforum

Mehr Informationen und Termine finden Sie im Vitako-ITKalender: www.itkalender.de

Die nächste „Vitako aktuell“ erscheint im Dezember 2020.

VITAKO

STELLENMARKT

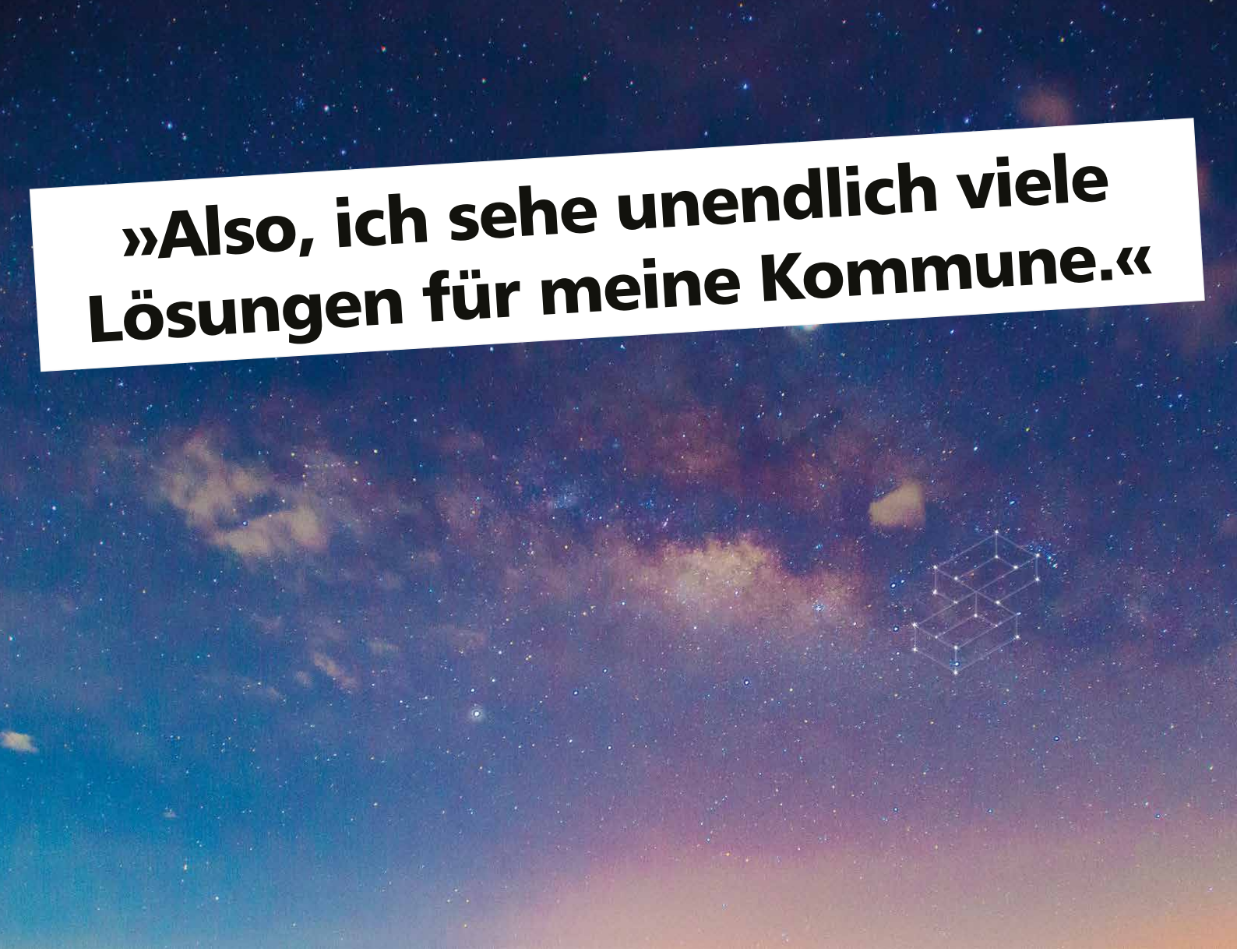
Von Trainee bis IT-Direktor: attraktive Stellen in der kommunalen IT.

www.vitako.de/karriere

iStock.com/Sritakoset

Bei kommunalen IT-Dienstleistern entwickeln Sie die öffentliche IT der Zukunft in einer modernen, mitarbeiterbezogenen Arbeitsatmosphäre.

Vitako-Stellenmarkt.
Alle freien Stellen in Mitgliedsunternehmen an einem Ort.



Und was sehen Sie?
Wer am 4. AKDB Kommunalforum » Digital 2020 teilnimmt, dem eröffnen sich neue Horizonte – und unendliche Lösungswelten!
Diesmal komplett im Live-Stream.

1. Oktober 2020
Melden Sie sich gleich an!
www.akdb.de/kommunalforum
kostenfrei, aber mit Gewinn!
#kommunalforum20

Möglichkeiten überall

AKDB
Kommunalforum